

# SED-Gründung vor 50 Jahren: Fusion und Verwirrung

*Hannes Hohn, Revolutionärer Marxismus 52, November 2019  
(Erstveröffentlichung 1996)*

Vor 50 Jahren, am 21. April 1946, schlossen sich in der sowjetischen Besatzungszone KPD und SPD zur SED zusammen. Die Bewertungen dieses Ereignisses sind konträr genug: eine Seite bejubelt diese Vereinigung als Überwindung der Spaltung der ArbeiterInnenklasse und richtige Konsequenz aus den blutigen Erfahrungen des deutschen Proletariats unter dem Faschismus; die Gegenseite lehnt die SED-Gründung als Zwangsvereinigung unter dem Diktat des Kremls ab. Heute schlagen die Wogen dieser Debatte vor allem in der PDS und der SPD erneut hoch.

## Hinterrund der Vereinigungsdebatte

Es ist kein Zufall, dass die Diskussion um ein Ereignis, das schon 50 Jahre zurückliegt, gerade jetzt wieder sehr intensiv geführt wird. Den Hintergrund der Debatte bildet die derzeitige Krise der SPD und damit in Zusammenhang die Stabilisierung ihrer sozialdemokratischen Konkurrentin PDS.

Für beide Seiten geht es darum, die eigene politische Daseinsberechtigung aus der Geschichte abzuleiten.

Die SPD und ihr nahestehende HistorikerInnen gehen zumeist von der These aus, dass die SED-Gründung eine erzwungene Vereinigung gewesen sei, die ein wesentlicher Meilenstein zur Etablierung der undemokratischen, totalitären Verhältnisse der DDR war. Die Ablehnung der Vereinigung ist somit v. a. ein Mittel der Abgrenzung von der PDS, der als SED-Nachfolgepartei das Attest „undemokratisch“ ausgestellt wird. Die einzige demokratische Alternative der ArbeiterInnenbewegung sei die SPD, der allein schon aus diesem Grund heute auch die Stimmen der PDS-WählerInnen zustünden. Die Vereinigungskritik suggeriert gleichzeitig auch, dass durch die Vereinigung von 1946 mindestens in der Ostzone eine andere, demokratische Entwicklung verhindert worden wäre.

Der PDS und ihren GeschichtsbewerterInnen geht es um das gerade Gegenteil. Ihr überwiegend positiver Bezug auf den politischen Kern der Vereinigung von KPD und SPD soll das Projekt einer „pluralistischen“ linken Bewegungspartei vom Typ der PDS historisch legitimieren. Damit werden jene politischen Brücken zur SPD offengehalten, über die man aufeinander zugehen kann, wenn gegen Kohl ein linkes Regierungsbündnis aus SPD, PDS und GRÜNEN

hergestellt werden soll.

Diese Option ist für die PDS zwingend, weil sie ohne bundesweit präsente PartnerInnen nur in Ostdeutschland Bedeutung hätte, während die SPD zwar die Stimmen der PDS braucht, aber nicht die PDS selbst.

Es ist bezeichnend, dass während der Entstehung der PDS aus der SED 1989/90 die Frage der Entstehung der SED fast keine Rolle in der Debatte spielte und flugs zur Tagesordnung, sprich zur Schaffung der PDS, übergegangen wurde. Grund dieser Vorgehensweise war der Versuch, eine Spaltung (womöglich sogar ein Verschwinden) der Partei zu verhindern, wenn evtl. festgestellt worden wäre, dass das Projekt SED von Anfang an eine Fehlkonstruktion und den Interessen des Proletariats entgegengesetzt war. 1989/90 gab es immerhin eine starke Strömung in der SED, die für eine Aufspaltung der SED in KPD und SPD eintrat. Das hätte aber nicht nur einen Streit über die programmatischen Grundlagen, sondern auch über die Aufteilung der Parteifinzen bedeutet und die Gefahr heraufbeschworen, dass die neue Nomenklatura der PDS, die aus der zweiten und dritten Reihe des SED-Apparats kam, keine neuen Posten im Gefüge des Parlamentarismus gefunden hätte. Ohne Frage: eine gewisse Masse ist notwendig, um im parlamentarischen Geschäft mitmischen zu können – dem wesentlichen Anliegen der PDS-Führung.

Bezeichnend für die allgemeine Debatte ist auch, dass der eigentliche politische Inhalt der SED, ihre programmatischen Grundlagen, kaum betrachtet werden und die sekundäre Frage, ob die Vereinigung erzwungen war oder nicht, in den Mittelpunkt des Interesses gerückt wird. Dieses Herangehen ist Ausdruck des Unwillens der Führungen von PDS und SPD, die theoretischen Grundlagen und die Methode der eigenen Politik zu hinterfragen.

## **Zwangsvorstellungen**

Verfolgt man die Medien, so vergeht kaum ein Tag, an dem nicht Fakten und AugenzeugInnen für die These sprechen, die Gründung der SED sei ein Akt des Zwangs gewesen, der von KPD und Sowjetischer Militäradministration in Deutschland (SMAD) als böses Bubenstück auf Kosten der SPD inszeniert worden sei. Doch die historischen Tatsachen ergeben kein so einseitiges Bild.

In der DDR gelang es der SED, durch gezielte Unterdrückung der Meinungs- und Forschungsfreiheit die Vereinigung von KPD und SPD als bewusste und freiwillige Vereinigung der großen Mehrheit ihrer Mitglieder hinzustellen. VereinigungsgegnerInnen wurden als SpalterInnen, SektiererInnen und ReaktionärInnen verteufelt. Doch nachdem die ideelle Käseglocke der SED zersplittert ist,

riecht manches nicht mehr so gut.

Zahlreiche Quellen belegen eindeutig, dass vor allem von Seiten der SMAD in vielfältiger Form Druck auf die SPD ausgeübt worden ist. SPD-Versammlungen wurden beeinflusst, FunktionärInnen, die gegen eine Fusion waren, abgesetzt, unliebsame Mitglieder mitunter verhaftet und SPD-FührerInnen unter Druck gesetzt. Ein Beispiel dafür, wie die SMAD Einfluss ausübte, ist ihre Rolle bei der Mitgliederbefragung zur Vereinigung, die von vielen SozialdemokratInnen gefordert wurde: Sie wurde einfach verboten. In den westlichen Zonen von Berlin kam sie aber am 31.3.1946 mit dem Ergebnis zustande, dass nur 12,2 % für eine Vereinigung stimmten. In anderen Regionen dürfte die Stimmung allerdings weniger eindeutig gegen die Vereinigung gerichtet gewesen sein. Darauf deutet auch die Tatsache hin, dass es bereits vor der offiziellen Kampagne spontane Zusammenschlüsse von Basisorganisationen der SPD und der KPD gab. Gerade im Lager der SPD wird dieses Votum der (West-)Berliner Mitglieder als Beweis für die allgemeine Ablehnung einer Vereinigung mit der KPD in der SPD-Mitgliedschaft gewertet. Gerade der Druck auf die SPD von Seiten der SMAD hat die ablehnende Haltung mancher/s SozialdemokratIn zur Vereinigung verstärkt. Umgekehrt bedeutet das aber auch, dass ohne diesen Druck die Vorbehalte kleiner und damit der Aspekt der Freiwilligkeit bedeutender gewesen wäre.

Insofern war das Vorgehen der SMAD wirkungsvoll, doch nicht sehr geschickt. Auch in der KPD waren deshalb viele Mitglieder und FunktionärInnen mit diesem Vorgehen nicht einverstanden, ohne freilich dagegen anzukämpfen.

Vom Zwang zur Vereinigung zu sprechen, bedeutet aber v. a., auch zu berücksichtigen, dass es schon 1945 und bis zum Untergang der DDR unter dem politischen Diktat der SMAD und später der SED-Bürokratie nicht möglich war, substantielle politische Kritik zu äußern, Tendenzen oder gar Fraktionen in der SED zu bilden, geschweige denn alternative Organisationen zu gründen. Ohne diese demokratischen Rechte ist es jedoch faktisch unmöglich, legale politisch-organisatorische Alternativen zur SED zu schaffen. Diese Einsicht hat, wie Quellen belegen, viele SozialdemokratInnen, aber auch KPD-Mitglieder, die der Fusion kritisch gegenüberstanden, bewogen, der SED beizutreten, weil es keine Alternative gab.

Trotz der geschilderten Umstände ist jedoch der Begriff „Zwangsvereinigung“ ungeeignet, um die Art und Weise der Vereinigung zu kennzeichnen. Zu viele historische Fakten sprechen dagegen:

- Es gab an der Basis zwischen KommunistInnen und SozialdemokratInnen bereits im Mai 1945 spontane Zusammenarbeit in den Antifaausschüssen und in betrieblichen Komitees;

- bereits im Sommer 1945 existierte ein gemeinsamer Arbeitsausschuss von KPD und SPD auf der Ebene der Parteiführungen in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ);
- es existierten bereits vor dem Beginn der offiziellen, von oben eingeleiteten Einheitskampagne Zusammenschlüsse von KPD und SPD auf Ortsebene sowie gemeinsame Versammlungen, Aktivitäten verschiedener Art und öffentliche Kommuniqués zur Notwendigkeit der Vereinigung.

Diese Bereitschaft zur Zusammenarbeit kam auch in der erwähnten Berliner Urabstimmung zum Ausdruck, bei der über 62 % für eine Aktionseinheit mit der KPD votierten. Diese Einheitstendenzen erklären sich wesentlich aus zwei Umständen: zum einen aus der blutigen Erfahrung des Faschismus, der nur darum sein Terrorregime errichten konnte, weil SozialdemokratInnen und KommunistInnen keine antifaschistische Einheitsfront gebildet hatten, was wesentlich Schuld der falschen Politik ihrer Führungen war. Zum anderen waren es die anstehenden Aufgaben nach Kriegsende, die die proletarische Mitgliedschaft beider Parteien in der Praxis einander näherbrachten: Beseitigung der Reste des Faschismus, Ingangsetzung des öffentlichen Lebens und der Produktion. Wie im Folgenden gezeigt werden wird, ging es im Kern darum, dass die ArbeiterInnenklasse vor der Möglichkeit und der Notwendigkeit stand, den Kapitalismus zu beseitigen und

die Macht zu übernehmen.

Die Tatsachen weisen klar darauf hin, dass es trotz Nötigung und Zwang seitens der SMAD und der KPD und trotz fehlender Alternativen eine breite Bewegung in KPD und SPD Richtung Einheit in Aktion und Organisation gab.

Bei der Einschätzung der Vereinigung müssen noch weitere Umstände berücksichtigt werden, die gegen die These von der Zwangsvereinigung sprechen. Es ist belegt, dass die Mehrzahl der Gründungsdelegierten und auch der SED-Mitgliedschaft aus der SPD kamen. Obwohl es Formen direkten wie indirekten Drucks auf die SozialdemokratInnen gab, so bestand doch die individuelle Möglichkeit für jedes Mitglied, aus der SPD vor dem Zusammenschluss auszutreten, der SED nicht beizutreten oder sie zu verlassen. Massenhafte Schritte in diese Richtung gab es jedoch nicht. Dass es aber bei vielen SED-Mitgliedern schon bald nach der Vereinigung Differenzen zur weiteren Entwicklung der SED und ihrer Umformung zu einer offen stalinistischen Partei gab, belegen zahlreiche Repressionen gegen Mitglieder und FunktionärInnen.

SPD und KPD erreichten nach Kriegsende sehr schnell wieder alte Mitgliederstärke. Allein die KPD hatte schon im Frühjahr 1946 mit rund 500.000 trotz Naziterror, Emigration, Kriegsoptionen und noch in Gefangenschaft



Befindlichen mehr Mitglieder als vor 1933. Ähnlich war die Situation in der SPD. Ohne Frage waren diese vielen neuen, parteipolitisch weniger beeinflussten Mitglieder mit weniger Ressentiments gegenüber der anderen Partei beladen als alte Mitglieder und konnten somit leichter für die Einheit motiviert werden. Eine gründliche Debatte der politischen Grundlagen beider Parteien und ihrer Rolle in den Klassenkämpfen der Jahre zuvor fand jedoch nicht statt und war vor allem von den Führungen beider Parteien auch nicht ernsthaft beabsichtigt.

## **Die Schaffung der SED**

Warum wurde im April 1946 die SED gegründet, obwohl noch ein knappes Jahr zuvor weder SPD noch KPD die Vereinigung beider Parteien unmittelbar als Ziel aufgestellt hatten? Dafür gibt es mehrere Ursachen: Die SMAD fürchtete, dass ihre politische Juniorpartnerin in Deutschland, die KPD, bei den bevorstehenden Wahlen gegenüber der SPD unterliegen würde und damit der direkte Einfluss der UdSSR auf die Entwicklung (Ost-)Deutschlands vermindert würde. Diese Befürchtung war nur berechtigt, da der Einfluss der SPD im Vergleich zur KPD – obwohl letztere von der SMAD stärker gefördert wurde – sich zunehmend stärker bemerkbar machte. Auch die Wahlen in Ungarn

und Österreich,  
bei denen die KPen deutliche Schläppen erlitten hatten,  
nötigten zu einem organisationspolitischen  
Schwenk, der nicht auf die Zurückdrängung, sondern auf das  
Aufsaugen der SPD  
per Fusion orientiert war. Die Wahlen vom Oktober 1946 in  
Berlin bestätigten  
alle Befürchtungen hinsichtlich des Einflusses der SPD: sie  
erhielt über  
48 %, die SED dagegen nur 19,8 % der Stimmen.

Die politische Grundlage der Vereinigung bestand aus zwei  
wesentlichen Elementen: 1. den demokratischen Illusionen des  
Proletariats und  
2. dem Wandel der KPD seit 1935 von einer zentristischen zu  
einer  
reformistischen Partei.

Nach der faschistischen Diktatur waren die demokratischen  
Illusionen wieder erstarkt. Dabei spielte eine wesentliche  
Rolle, dass alle  
Ansätze proletarischer Machtentfaltung von der SMAD in  
Einklang mit den  
Führungen von KPD und SPD ignoriert und bewusst sabotiert  
worden waren. Unter  
diesen Umständen konnte die Restauration bürgerlich-  
demokratischer Zustände den  
Arbeiterinnen und Arbeitern als Tugend erscheinen. Das Fehlen  
einer  
marxistischen Partei mit einem revolutionären Programm war  
dabei natürlich ein  
entscheidender Faktor dafür, dass die Bewegung des  
Proletariats über Ansätze  
eigener Machtkonstituierung nicht hinaus gelangte und die  
reformistischen

Führungen von KPD und SPD ohne politische Konkurrenz blieben.

Die richtige Einsicht der Mitgliedsbasis, dass die fehlende Einheitsfront vor 1933 Hitlers Sieg ermöglichte, ging nicht mit einer schonungslosen Kritik der Politik von SPD und KPD konform. In gewissem Sinn können wir sagen, dass 1933 vor lauter Prinzipien die Einheit übersehen wurde, während 1946 vor lauter Einheit die Prinzipien vergessen worden waren. Im Grunde bestand die Vergangenheitsbewältigung nicht nur der KPD, sondern auch die der SPD darin, eine Verbeugung vor der Volksfrontpolitik zu machen. Da die Politik beider Parteien nicht revolutionär, sondern reformistisch – auf die Schaffung bürgerlich-demokratischer Verhältnisse gerichtet war –, gab es kaum prinzipielle programmatische Gegensätze, die einer Parteivereinigung grundsätzlich widersprochen hätten. Die SPD-Politik folgte trotz einiger wichtiger Differenzen z. B. bezüglich ihres Verhältnisses zur SU oder der Stellung zur Demokratie der gleichen Logik wie die KPD und nahm auch in vielen konkreten Fragen die gleiche Position ein. Hier soll nur die Zustimmung zu den Reparationen oder die passive, ja unterstützende Haltung zur Auflösung der Antifa-Komitees und der spontan entstandenen betrieblichen Strukturen der ArbeiterInnenklasse genannt werden. Die KPD, die nur wenige Jahre zuvor die SPD „Zwilling des Faschismus“ genannt hatte, war inzwischen selbst

zum Zwilling der reformistischen Sozialdemokratie mutiert. Doch die Entstehung der SED kann nicht nur aus innerparteilichen Umständen erklärt werden; sie muss im Kontext der Politik Stalins gesehen werden. Es ist kein Zufall, dass die SED nur in der Ostzone entstand und nicht in den Westzonen. Dem „Büro Dr. Schumacher“, der Machtzentrale der SPD im Westen, gelang es unter Mithilfe der Westalliierten, die Vereinigung zu verhindern. Denn von Beginn an war die SED Machtinstrument der Politik Moskaus und somit objektiv verlängerter Arm der in der SU herrschenden bürokratischen Kaste. Doch so sehr deren konterrevolutionäre Strategie dem Imperialismus auch entgegenkam – dort, wo er selbst herrschte, in den deutschen Westzonen, wollte er selbst bestimmen; eine vereinigte Arbeiterpartei von Stalins Gnaden konnte er nicht gebrauchen.

## **Volksfront contra Revolution**

Nachdem die stalinisierte KPD vor 1933 durch ihren ultralinken Zentrismus gemeinsam mit der Kapitulantpolitik der SPD das Zustandekommen einer breiten antifaschistischen Einheitsfront gegen Hitler unmöglich gemacht und kampflos kapituliert hatte, erfolgte nach Hitlers Machtübernahme mit dem VII. Kominternkongress 1935 ein scharfer Schwenk nach rechts.

Die dort beschlossene Volksfrontpolitik, die auch nach Kriegsende allgemeine Linie blieb, verpflichtete die stalinistischen Parteien programmatisch und praktisch, strategische Bündnisse und Regierungallianzen mit Teilen der Bourgeoisie einzugehen und dafür auf die Diktatur des Proletariats zu verzichten. Schätzte man die Sozialdemokratie noch 1933 als „sozialfaschistisch“ ein und weigerte sich beharrlich, den sozialdemokratischen ArbeiterInnen und ihrer Führung eine Einheitsfront vorzuschlagen, so waren 1935, (also nur zwei Jahre später!) plötzlich nicht nur die Sozialdemokratie, sondern sogar rein bürgerliche Parteien Koalitionspartnerinnen geworden. Ein größeres Verwirrspiel ist kaum denkbar!

Der methodische Grundfehler der Volksfrontkonzeption war aber der, dass zwischen Faschismus und Demokratie, zwei Herrschaftsformen ein und desselben Imperialismus, ein qualitativer Unterschied gemacht wurde, der scheinbar ein Bündnis des Proletariats mit einem (demokratischen) Teil der Bourgeoisie notwendig machte. Nach dieser Logik hieß die Alternative nicht mehr Sozialismus oder Kapitalismus, sondern Faschismus oder (bürgerliche) Demokratie. Dieses Konzept blieb auch nach der Niederlage des Faschismus für die KPD gültig.

Die Gründung der SED und das politische Nachkriegssystem in Ostdeutschland bzw. später der DDR stellten eine Variante dieser Volksfrontkonzeption dar. Einerseits, weil originäre Einheitsfrontorgane der ArbeiterInnenklasse beseitigt worden sind, zum anderen durch den antifaschistisch-demokratischen Block. Dieser Block unter Einschluss bürgerlicher Parteien wie der CDU oder der LDP, deren Gründung von KPD und SMAD unterstützt oder im Fall der NDP, einer Partei für ehem. Wehrmachtsoffiziere und sonstige bürgerliche Kräfte, sogar initiiert wurde, bildete ein pseudoparlamentarisches System auf Basis eines bürgerlich-demokratischen Programms. Auch in der späteren DDR bestand dieser Block weiter als Mittel der Integration kleinbürgerlicher Schichten und der Maskierung der Alleinherrschaft der SED.

## **Stalins Deutschlandpolitik**

Als im Mai 1945, nach 12 blutigen Jahren, das „tausendjährige Reich“ der Nazis zerschlagen war, war die Macht der deutschen Bourgeoisie noch stärker als am Ende des 1. Weltkrieges diskreditiert und erschüttert. Ihre bewaffneten Kräfte waren besiegt, der Staatsapparat befand sich in Zersetzung, die faschistischen Organisationen waren kollabiert, die nationalistisch-chauvinistische Massenbegeisterung für den

Faschismus hatte sich längst in Agonie und Entsetzen gewandelt. Die gesamte exekutive Macht lag in den Händen der Besatzungsmächte.

Sofort nach Beendigung der letzten Kämpfe begann aber auch die deutsche ArbeiterInnenklasse, Ohnmacht und Atomisierung der Jahre unter dem Faschismus zu überwinden: die zerschlagenen Organisationen – KPD und SPD, Gewerkschaften und Betriebsräte sowie linke Gruppierungen – entstanden neu. Kader der SPD und der KPD, viele von ihnen gerade erst aus den KZs und Zuchthäusern gekommen, spielten dabei eine große Rolle. Kaum waren die letzten Schüsse verhallt, organisierte sich das Proletariat: in den Antifa-Ausschüssen, um die Reste der Nazidiktatur zu beseitigen, in den Betrieben, um die zerstörte Produktion wieder in Gang zu bringen. Vor allem diese betrieblichen Komitees zeugen davon, dass die deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter bereit und in der Lage waren, die Produktion zu kontrollieren und zu organisieren. Betriebskomitees und Antifa-Ausschüsse waren Ansätze zur Bildung von proletarischen Machtorganen – den Räten. In der ArbeiterInnenschaft und weiten Teilen der Bevölkerung bis hinein in bürgerliche Kreise war nach dem totalen Zusammenbruch Hitlerdeutschlands eine mehr oder weniger bewusste und klare antikapitalistische Stimmung verbreitet. Doch im Unterschied zu 1918 fehlte eine revolutionäre

Massenbewegung.

Entgegen der Ideologie der Alliierten, nach der Nachkriegsdeutschland vor der Alternative Faschismus oder Demokratie stand, ging es in Wahrheit darum, den deutschen Kapitalismus in demokratischer Form wiederzuerrichten oder ihn zu stürzen und die Diktatur des Proletariats aufzubauen. Obwohl 1945/46 in Deutschland keine revolutionäre Situation bestand, so gab es doch, wie oben ausgeführt, Ansätze proletarischer Machtorkane. Doch die Erschütterung der gesellschaftlichen Ordnung, die Brisanz der sozialen Probleme konnten in der Nachkriegsperiode jederzeit die Frage der Macht auf die Tagesordnung stellen. Wie schon 1933 lag der Schlüssel der Entwicklung bei den Arbeiterinnenorganisationen und insbesondere bei der Führung in Moskau.

In Potsdam hatten sich die Alliierten der Antihitlerkoalition endgültig über das Schicksal Deutschlands geeinigt. Nach 12 Jahren Nazi Herrschaft sollte das neue Deutschland von nun an demokratisch, entmilitarisiert und entnazifiziert sein. Die Kontrolle dieser deutschen Verwandlung oblag den Besatzungsmächten Sowjetunion, USA, Frankreich und Großbritannien, die jeweils eigene Besatzungszonen kontrollierten. Der alliierte Kontrollrat sollte als oberstes Gremium die Politik der Alliierten koordinieren. Stalin, Truman und



Churchill waren sich darin einig, Deutschland als Staat nicht zu zerschlagen, sondern nur soweit zu schwächen, dass er keine den Großmächten gefährliche Rolle mehr spielen konnte. Quasi als Gegenleistung für ihren humanistischen Großmut sollte ein Großteil der materiellen Werte Deutschlands als Reparationen an die Besatzungsmächte fallen.

Die Antihitlerkoalition, ein strategisches Bündnis des degenerierten ArbeiterInnenstaates Sowjetunion mit den „demokratischen“ Imperialismen; die in Jalta, Teheran und Potsdam vorgenommene Aufteilung der Welt in Einflusssphären sind Ausdruck des Wunsches der StalinistInnen gewesen, ein strategisches Übereinkommen mit dem Weltimperialismus zu treffen, um somit die Möglichkeit des Aufbaus des „Sozialismus in einem Lande“ sicherzustellen. Abgesehen davon, dass eine sozialistische Gesellschaftsqualität in einem isolierten Land und ohne Ausdehnung der Weltrevolution nicht erreicht werden kann, bedeutete die Politik Stalins auch den Verzicht auf alle Versuche des Proletariats, den Kapitalismus zu stürzen und seine eigene Macht zu errichten. Die günstigen Bedingungen für den revolutionären Kampf um die Macht z. B. in Frankreich oder Italien 1944/45 wurden bewusst nicht ausgenutzt. Der Aufstand des griechischen Proletariats wurde im Stich gelassen, weil Griechenland im britischen Interessensgebiet lag.

Mehr als alle revolutionären Beschwörungen offenbarte die praktische Politik Stalins dessen konterrevolutionäre Rolle, die in ihrer Konzeption auf wesentlichen Elementen des Menschewismus beruht und in scharfem Gegensatz zu Praxis und Programm der Bolschewiki unter Lenin und Trotzki stand.

In Deutschland entwickelte sich die Lage prinzipiell genauso wie in den von der SU besetzten Ländern Osteuropas. Stalins Versuch, auf die Bajonette der Roten Armee gestützt, eine Pufferzone um die SU aus bürgerlich-demokratischen Staaten zu schaffen, auf deren Politik er durch die Besatzungstruppen einerseits und die jeweiligen KPen andererseits direkten Einfluss

nehmen konnte, ging nicht lange gut. Die nichtenteignete Bourgeoisie strebte nach der Wiedererlangung der ganzen Macht und musste mit den Interessen des einheimischen Proletariats, aber auch mit der Moskauer Politik kollidieren. Die bürgerliche Wirtschaft und ihre politischen Subjekte, die Parteien und Staaten der Bourgeoisie, haben ihre Eigendynamik, die sich nicht an Stalins Datscha-Träumereien halten. Dieser Interessenkonflikt spitzte sich noch zu, als Amerika Ende der 1940er Jahre durch das Marshallplanprojekt die europäischen Staaten noch enger an die USA zu binden suchte. Wollte Stalin nicht alles verlieren, was er im Krieg gegen Hitler gewonnen hatte, musste er

entgegen seiner ursprünglichen Absicht die Bourgeoisie als Klasse enteignen.

Dazu war er auch gezwungen, wenn er nicht eine Konfrontation mit dem Proletariat

riskieren wollte, dessen Bedürfnisse ohne konsequente antikapitalistische Maßnahmen

nicht befriedigt werden konnten – es sei denn mit dem Zuckerbrot des Marshallplans.

Stalin scherte „nach links“ aus. Der Sieg über Hitler entzweite die SiegerInnen,

die Antihitlerkoalition zerbrach.

In der Ostzone Deutschlands erfolgte dieser Schwenk erst 1951, als wesentliche Elemente einer Planwirtschaft das Wertgesetz als

Grundmechanismus kapitalistischen Wirtschaftens ablösten. Diese antikapitalistischen

Umwälzungen erfolgten aber unter Ausschaltung der selbstständigen

schöpferischen Rolle des Proletariats auf bürokratische Weise und verbunden mit

der Etablierung eines der Form nach bürgerlichen Staatsapparates.

## **Die KPD-Politik nach 1945**

Auch in Deutschland, besonders in dessen Ostteil, wo die Rote Armee die Macht bereits besaß, wurde diese also nicht dazu genutzt, den

Kapitalismus zu beseitigen. Gerade die von den KPD-FührerInnen propagierte „Ausrottung des Faschismus mit allen

Wurzeln“ hätte eigentlich bedeutet, dessen kapitalistische

Grundlagen

abzuschaffen. Doch den FührerInnen der KPD und der KPdSU ging es lediglich darum, den Faschismus zu beseitigen, um demokratische Verhältnisse auf der Basis kapitalistischer Eigentumsformen zu schaffen.

Die in Moskau abgeseignete Politik der Gruppe Ulbricht, der Führung der KPD, lässt keine Fragen über die politischen Absichten Stalins und seiner deutschen Gefolgsleute offen. So heißt es im „Programm der antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ der KPD vom Juni 1945, dass „unsere grundlegende Orientierung in der gegenwärtigen Situation die Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution, die im Jahre 1848 begonnen hatte (ist). Das heißt, die Junker, Fürsten und Großgrundbesitzer sollen enteignet ... werden. Die aktiven Nazis ... müssen von den deutschen Gerichten hart abgeurteilt werden. Die großindustriellen Kriegsverbrecher aber werden von den Gerichten der alliierten Mächte ... ihre Strafe erhalten.“ (1)

Kein Wort über die Enteignung der Bourgeoisie als Klasse. Kein Wort von der Notwendigkeit, dass die ArbeiterInnenklasse selbst die Macht übernehmen muss. Sogar die SPD gab sich 1945 linker als die KPD und bekannte sich wenigstens abstrakt zum Sozialismus und zu einer „Sozialisierung der Wirtschaft“.

Zwar gibt das Juni-Programm der KPD offen zu, dass „manche Arbeiter ... sofort den Sozialismus errichten (wollen)“, aber diese Absicht wird als angeblich unmöglich abgelehnt. (2) Die Gründe, warum die ArbeiterInnen nicht sofort mit dem Aufbau des Sozialismus – sprich der Errichtung der Diktatur des Proletariats – beginnen können, sind bezeichnend für die völlige politische und theoretische Degeneration der offiziellen KP-FührerInnen vom Kaliber Ulbrichts und für uns auch deshalb interessant, weil die in diesem Dokument ausgedrückte Denkweise weitgehend auch der in der SPD entsprach und geradewegs Richtung SED weist.

Das Programm verweist darauf, dass die ArbeiterInnen noch keine einheitliche Partei (von einer revolutionären Partei ist erst gar nicht die Rede) haben. Doch die Oktoberrevolution, auf die sich die StalinistInnen so gern und oft beriefen, ist gerade ein Beweis dafür, dass die Partei der Revolution aus einer Minderheitsposition heraus durch eine richtige Politik die Massen hinter sich zu bringen wusste. Hätte sie gemäß dem Rezept der Ulbrichts gehandelt, hätte sie sich mit den konterrevolutionären Parteien erst vereinigen müssen, ehe die Revolution hätte durchgeführt werden können. Das Ergebnis dieser Politik wäre allerdings gewesen, weder eine revolutionäre Partei noch eine sozialistische Revolution zu haben...

Das KPD-Programm bedauert auch die fehlenden Erfahrungen der Massen in der Leitung von Wirtschaft und Gesellschaft. Das ist sicher richtig.

Doch mit diesem Problem ist das Proletariat immer konfrontiert, denn der Kapitalismus, und umso mehr der Faschismus, verhindert ja eben die

Machtausübung des Proletariats. Der Inhalt jeder revolutionären Umgestaltung

der Gesellschaft besteht aber wesentlich darin, dass das Proletariat beginnt,

über die Kontrolle von Produktion zur Übernahme der Macht in der Wirtschaft zu

gelangen. Nur so kann sich auch die Emanzipation des Proletariats auf der

politischen Bühne vollziehen. Nach dem Ausschluss von der Macht unter den

Bedingungen der kapitalistischen Diktatur (ob in demokratischer oder faschistischer

Form) erlernt es in Betriebs- und Streikkomitees, in ArbeiterInnenmilizen und

schließlich den ArbeiterInnenräten den Gebrauch der Macht, um sie schließlich

auf der Ebene des gesamten Staates auszuüben. Die oben geschilderten Ansätze

von unabhängigen Organisationsstrukturen der deutschen Arbeiterinnen und

Arbeiter unmittelbar nach Kriegsende belegen, dass das Proletariat schon selbst

spontan über den Rahmen hinausgehen wollte, den ihm die moskautreue KPD vorgab.

Dass das KPD-Programm vom Juni 1945 die mangelnden Voraussetzungen zum Aufbau

des Sozialismus beklagt, ist nur ein allzu löchriger Deckmantel dafür, dass die

unabhängigen Organisationsansätze des Proletariats v. a. auf betrieblicher

Ebene letztendlich beseitigt wurden, indem man die Betriebe den alten EigentümerInnen beließ, um sie später – unter Ausschluss jeglicher Form von ArbeiterInnendemokratie – auf bürokratische Art zu verstaatlichen.

## **Die SED – eine neue Partei?**

Trotz aller Zwänge ist die SED auch Ergebnis einer massenhaften Tendenz nach Überwindung der Spaltung der ArbeiterInnenbewegung.

Zu Anfang war sie sicher stärker durch Elemente von Demokratie und lebendiger

Mitgestaltung der Parteitätigkeit durch die Mitglieder selbst geprägt als die

SED der folgenden Jahrzehnte. Die Funktionen der Partei waren paritätisch

besetzt, das Programm enthielt Passagen, die nur wenige Jahre später als

„ketzerisch“ galten und mit den stalinistischen bürokratischen Stereotypen

nicht gut vereinbar waren. Doch deshalb von der frühen SED als einer

demokratischen Partei – im Sinne von wirklicher proletarischer Demokratie zu

sprechen –, wäre falsch. Dafür fehlten z. B. statuarische Rechte wie das

Recht auf Bildung von Fraktionen oder Tendenzen. Allein diese Tatsache verweist

darauf, dass aus der Fehlentwicklung der Komintern unter dem Stalinismus keine

Schlüsse gezogen worden waren. Auch die Hoffnung der

SozialdemokratInnen, durch die Kraft der Zahl die innerparteiliche Demokratie (oder was man dafür hielt) zu sichern, war mehr als blauäugig. Nur wenige Monate nach dem Gründungsparteitag waren tausende von Mitgliedern und FunktionärInnen, zum Großteil ehemalige SozialdemokratInnen, abgelöst, ausgeschlossen, abgeschoben oder verhaftet worden. Wolfgang Leonhard schreibt dazu u. a.: „So sind von den 14 Mitgliedern des Zentralsekretariats, die bei der Vereinigung unter dem Jubel der Delegierten gewählt wurden, 10 Spitzenfunktionäre im Verlauf von wenigen Jahren ihrer Funktionen beraubt, degradiert, teilweise sogar als ‚Parteifeinde‘ entlarvt und aus der Partei ausgeschlossen worden.“ (3) Die Machtmaschine des Stalinismus hatte schnell und gründlich gearbeitet ...

Schon die Gründung der SED – sie erfolgte, nachdem die unabhängigen Organisationsansätze der Arbeiterinnen und Arbeiter beseitigt worden waren – ist ein Element der Unterdrückung von proletarischer Demokratie. Die stalinistische Maßregelung, die in der SED sofort nach ihrer Gründung einsetzte, ist nur der Vollzug dieser Politik in der Partei selbst. Oasen können in der Wüste überleben, doch demokratische ArbeiterInnenorganisationen in einer Umgebung ohne lebendige ArbeiterInnendemokratie nicht.



# Einheitlich antisozialistisch

In den „Grundsätze(n) und Ziele(n) der SED“, die auf dem Vereinigungsparteitag beschlossen worden waren, kommt klar heraus, dass es sich bei der neuen Partei um eine politische Konstruktion handelt, deren Material durchweg aus dem Lager des Reformismus stammt. In ihnen wird deutlich, dass seitens der KPD alles, was an revolutionäre Politik und die Positionen der frühen Komintern unter Lenin und Trotzki erinnerte, vollständig über Bord geworfen worden war. Das ist das programmatische Fundament, auf dem sich SPD und KPD einigen konnten.

Die Gegenwartsforderungen liegen voll auf der Linie, die übereinstimmend von KPD und SPD nach 1945 verfolgt worden war:

- Beseitigung des Faschismus;
- Herstellung demokratischer Verhältnisse;
- Bodenreform und Überwindung der Überreste des Feudalismus;
- Bewahrung bürgerlicher Eigentums- und Wirtschaftsverhältnisse.

Diese bescheidenen, reformistischen Forderungen wurden in einer Situation aufgestellt, in der die Bourgeoisie am Boden lag und die Arbeiterinnen und Arbeiter, ohne ernsthaften Widerstand fürchten zu müssen, alle Macht hätten übernehmen können. Allein die Tatsache, dass die SMAD eine solche Entwicklung weder wünschte noch propagierte und sie sogar aktiv verhinderte, hätte die SED die Politik Moskaus anprangern und bekämpfen lassen müssen. Doch gerade, damit das nicht passiert, wurde diese Partei schließlich gegründet!

Immerhin enthält dieses Dokument auch Forderungen wie das Koalitions- und Streikrecht, die in der späteren DDR nicht einmal mehr auf dem Papier standen, geschweige denn in der Praxis zu verwirklichen waren.

Der bürgerlich-demokratischen Tagespolitik der „Grundsätze und Ziele“ wird noch ein abstraktes Bekenntnis zum Sozialismus angehängt – typisches Merkmal eines Minimal-Maximal-Programms, wie es für reformistische Parteien durchaus üblich ist. Keine Übergangslösungen, keine Forderungen nach Schaffung von wirklichen Machtorganen des Proletariats (Räten, ArbeiterInnenmilizen usw.), keine Forderung nach Bewaffnung der ArbeiterInnenklasse oder nach Zerschlagung des bürgerlichen Staats und Enteignung der Bourgeoisie als Klasse. Die Revolution wird von der SED wie folgt definiert: Die SED „erstrebt den

demokratischen Weg zum Sozialismus; sie wird aber zu revolutionären Mitteln greifen, wenn die kapitalistische Klasse den Boden der Demokratie verlässt.“

(4) Die Revolution als Notmaßnahme, nicht als notwendiger und einzig möglicher Akt zum Sturz des Kapitalismus und Schaffung der Diktatur des Proletariats. Wie weit mussten „KommunistInnen“ sich schon theoretisch vom Marxismus entfernt haben, um dem zuzustimmen?!

Schon einmal, als sich 1919 die KPD mit dem linken Flügel der USPD vereinigt hatte, bildeten KommunistInnen und frühere SozialdemokratInnen eine gemeinsame Partei. Doch 1919 war die KPD noch eine revolutionäre Partei und die USPD-Linke bewegte sich auf revolutionäre Positionen zu, um sich auf einem revolutionären sozialistischen Programm mit der KPD zu vereinigen. 1946 bildeten zwei reformistische Parteien eine neue – auf einem reformistischen, bürgerlichen Programm mit sozialistischer Zusatzklausel. Welch Unterschied und welch tragischer Irrtum, über der Notwendigkeit der Einheit ihren politischen Inhalt zu vergessen!

Die SED war weder eine demokratische noch eine revolutionäre Partei. Sie war, wie ihre Gründung, ihre Dokumente, ihre praktische Politik und schließlich ihr unrühmliches Scheitern 1989/90 beweisen, ein Instrument der herrschenden Bürokratie in der Sowjetunion und ihrer

StatthalterInnen in (Ost-)Deutschland bzw. der DDR zur politischen Knebelung des Proletariats und der Eindämmung der internationalen proletarischen Revolution. Sozialistisch war an der SED, wie an ihren auf ähnliche Art und unter ähnlichen Bedingungen entstandenen „Bruderparteien“ in Polen oder Ungarn allenfalls der Name. Gründung und Untergang der SED sind Momente stalinistischer Politik, ihrer zeitweiligen Konjunktur und ihrer Todeskrise. Nicht die Nachauflage PDS als entstalinisierte sozialdemokratische SED-Nachfolgepartei, sondern der Aufbau einer revolutionären marxistischen Partei ist die Lehre aus der Geschichte der SED.

## Quellen

- (1) Ulbricht, Walter: Die Entwicklung des deutschen volksdemokratischen Staates 1945–1958. Dietz Verlag, Berlin/0. 1958, S. 27
- (2) ebenda, S. 28
- (3) Leonhard, Wolfgang: Die Revolution entlässt ihre Kinder. Kiepenheuer & Witsch, Köln 1990, S. 545
- (4) KPD: 1945-1968, Dokumente. Edition Marxistische Blätter, Neuss 1989, S. 201

---

# 100 Jahre Münchner Räterepublik

*Jürgen Roth, Neue Internationale 236, April 2019*

Am 7. November 1918 wurde der König davongejagt. Spontan entstand ein ArbeiterInnen-, Soldaten- und Bauern-/Bäuerinnenrat. Bayern wurde zum „Volksstaat“ erklärt. Die provisorische Regierung bestand aus 3 unabhängig-, 4 mehrheitssozialdemokratischen und einem parteilosen Minister. Ministerpräsident war Kurt Eisner (USPD). Sie stützte sich auf einen provisorischen Nationalrat, in dem die Räte neben den alten Landtagsfraktionen und diversen Berufsorganisationen vertreten waren.

Die USPD verfolgte auch in München ihre bekannte Linie, die Räte in die zukünftige Verfassung zu inkorporieren. Die Anordnung „Organisation und Befugnisse der Arbeiterräte“ vom 17.12.1918 gestand den Räten ausdrücklich keine Vollzugs- oder Kontrollgewalt zu. Im Gegenteil, sie verfügte noch die Trennung der ArbeiterInnen- von den Soldatenräten, unterstellte die Bauern-/Bäuerinnenräte dem Innenministerium und wies den

ArbeiterInnenräten untergeordnete Amtspflichten als Hilfsorgane der Bürokratie zu. Justiz, Polizei und Beamtenapparat blieben intakt.

Die MehrheitssozialdemokratInnen hatten mit Unterstützung aller GegenrevolutionärInnen die Landtagswahlen am 12. Januar 1919 durchgesetzt und die zentristische Verzögerungstaktik Eisners durchkreuzt. Die USPD verlor dabei enorm. Die MSPD wurde zweitstärkste Partei. Die KPD beteiligte sich nicht.

Der Zusammentritt des Landtags verzögerte sich angesichts der ungeklärten Lage, solange die Machtfrage noch nicht entschieden war. In Bayern war die nicht demobilisierte Reichswehr immer noch die bewaffnete Macht. Versuche der Bildung von Bürgerwehren hatten die A&S-Räte verhindert. Nur die Republikanische Soldatenwehr in München unter Aschenbrenner hatte sich für die Zwecke der alten Ordnungsparteien als zuverlässig genug erwiesen.

## **Die Ermordung Eisners**

Der populärste Mann Bayerns wurde am 21.2.1919 erschossen, als der Landtag zusammentreten sollte. Der Attentäter Graf Arco-Valley war Reaktionär und mit Innenminister Erhard

Auer (MSPD)

befreundet. Der Zorn der Massen schlug die Abgeordneten in die Flucht. In mehreren Städten traten die ArbeiterInnen in den Generalstreik. Der durch VertreterInnen der SPD und Gewerkschaften neu konstituierte Zentralrat übernahm die Regierungsgeschäfte. Levien (KPD) u. a. schieden daraufhin aus ihm aus. Der ZR kam zu einer „Grundlage der Einigung“: die Räte sollten verfassungsmäßig verankert werden, ein sozialistisches Ministerium entstehen, das bis zur neuen Verfassung gemeinsam mit einem/r vom Bauern-/Bäuerinnenbund zu stellenden LandwirtschaftsministerIn regieren sollte. Je 1 Mitglied der 3 Rätеспarten sollte beratendes Stimmrecht im Ministerrat genießen, das stehende Heer durch eine republikanische Schutzwehr ersetzt werden. Die „Verfassungsmäßigkeit der Räte“ – abhängig von der Zustimmung durch die große Mehrheit der GegenrevolutionärInnen im Landtag – war der Köder für die Massen.

## **Der Rätekongress**

Er tagte vom 25.2. bis zum 8.3.1919. Neben endlosen Debatten versuchten sich SPD und USPD auf einen Weg aus dem Schwebezustand heraus zu einigen, in dem der Rumpf der alten Regierung neben dem ZR regierte (Nürnberger Kompromiss). Der Landtag wählte am 17. März eine

neue Regierung unter Hoffmann (MSPD). Ausgestattet mit weitreichenden Befugnissen und Rückendeckung durch die ZR-Mehrheit hing sie weiter in der Luft. Die bürgerlichen Parteien duldeten sie als Bollwerk gegen den Bolschewismus.

Die SPD wollte zunächst eine offene Koalition mit den Bürgerlichen vermeiden, um die Massen nicht an Unabhängige und KommunistInnen zu verlieren. Außer Versprechen über „Vorbereitungen zur Sozialisierung“ hatte Hoffmanns Ministerium aber nichts anzubieten.

Die Riesenstreiks im Ruhrgebiet, in Mannheim, Stuttgart, die drohenden Ausstände in anderen Gebieten, die Ausrufung der ungarischen Räterepublik, militärische Erfolge der sowjetischen Roten Armee wirkten sich auch in Bayern aus. Die Sympathie mit den KommunistInnen, an deren Spitze der Anfang März nach München entsandte Leviné stand, nahm zu, wenn auch die Partei nicht in gleichem Tempo ausgebaut werden konnte.

## **Die Scheinräterepublik**

Am 3.4. forderte eine Versammlung der MSPD (!) in Augsburg die Ausrufung der Räterepublik. Der „linke“ Sozialdemokrat und



ZR-Vorsitzende Niekisch fuhr mit dieser Forderung ins Münchner Kriegsministerium. Einige Minister waren sich bereits mit den Führungen der MSPD, USPD und den AnarchistInnen einig. SPD, USPD und KPD sollten paritätisch die MinisterInnen stellen, die Regierung Hoffmann werde sich damit abfinden. Die KommunistInnen schlossen prinzipiell die Zusammenarbeit mit der MSPD in einer Regierung aus, aber auch eine am grünen Tisch künstlich geschaffene Räterepublik ohne Massenaktion. Die Verhältnisse in Deutschland und insbesondere Bayern seien dafür nicht reif. Sie wurden als VerräterInnen am Proletariat denunziert. Um vorher noch Nordbayern zu gewinnen, sollte die Proklamation der Räteherrschaft auf den 7.4. verschoben werden. Die Regierung Hoffmann verzog sich nach Bamberg, nahm ihr wichtigstes Instrument – die Notenpresse – mit. Ihr Kriegsminister Schnepfenhorst, der in Nordbayern für die Räterepublik trommeln wollte, fuhr nach Nürnberg und kam später mit den Nosketruppen zurück.

Der Erklärung der KPD lag folgende Einschätzung zugrunde: für AnarchistInnen, Unabhängige und MehrheitssozialistInnen verkörperte die Räterepublik nicht etwas grundsätzlich Neues, eine Revolution der Gesellschaft, sondern einen rein formellen Regierungswechsel. Die Ministerriege würde in einer bürgerlichen Republik, die mit etwas „Räteöl“ in Form der „Mitbestimmung“ durch einzelne

RäteministerInnen

gesalbt war, weiter wie bisher verfahren können.

AnarchistInnen und USPD hofften auf ein „sozialistisches Ministerium“, das unabhängig vom Landtag würde arbeiten können. Schneppenhorsts Verhalten bewies, dass es sich für ihn bei der Unterstützung für die Proklamation der Räterepublik um einen Trick handelte, eine Provokation, um alle konterrevolutionären Kräfte aufzurütteln, weiße Garden zu bilden.

Die „Münchner Rote Fahne“ nannte die Scheinrepublik ein „Werk abhängiger und unabhängiger Kompromissler und phantastischer Anarchisten“. Der alte Beamten-, Polizei- und Justizapparat blieb unbehelligt, „sozialisiert“ wurden Universität und Presse (!), letztere aber nicht mal zensiert. Die Bankkonten der Reichen wurden erst gesperrt, als die Frage der Lohnauszahlung drängte. Auch bei der Bewaffnung der Arbeiterschaft wurde gestümpert; 600 Gewehre waren die ganze „bewaffnete Staatsmacht“. Das Bürgertum wurde nicht entmachtet. Die Räteregierung wurde nur in Oberbayern anerkannt. Die KPD erklärte trotzdem ihren festen Willen, selbst die Scheinräterepublik gegen die Reaktion zu verteidigen.

## **Die 2. Räterepublik – eine echte ArbeiterInnenregierung**

Am Sonntag, dem 13. April, verhaftete die Republikanische Schutzwehr einige Minister, besetzte öffentliche Gebäude und überfiel eine Sektionsversammlung der KPD. Diese rief zu den Waffen. Am Abend war der gegenrevolutionäre Putschversuch gescheitert. Betriebs- und Kasernenräte tagten. Ein 15-köpfiger Aktionsausschuss aus SozialdemokratInnen, Unabhängigen und KommunistInnen löste den ZR der Scheinräteregierung ab.

Die KommunistInnen beherrschten den Ausschuss allerdings durch ihre revolutionäre Erfahrung, ihr klares Programm für die Machtübernahme. Nicht dass sie die Aussichten für die Überlebensfähigkeit der Rätemacht jetzt günstiger einschätzten, entschied ihren Eintritt in die 2. Räteregierung. Die revolutionären ArbeiterInnen – gerade erst siegreich – würden aber gegen den anmarschierenden Feind so oder so kämpfen müssen. Wenn die KPD sich an ihre Spitze stellte, dann minimierte das die demoralisierenden Auswirkungen einer Niederlage.

Die bewaffnete Macht ging von der regulären auf die Rote Armee unter Kommando des Matrosen Rudolf Eglhofer über. Die Ordnungsgewalt übten Rote Garden aus, nachdem die bürgerliche

Polizei

entwaffnet wurde. Die Stadtverwaltung wurde den Betriebsräten übertragen, die

Räteregierung durch Neuwahlen der A&S-Räte bestätigt. Die bürgerliche

Justiz wurde durch ein Revolutionstribunal ersetzt. Zur Sicherung der Ernährung

wurden Beschlagnahmeaktionen durchgeführt, jede Kontenabhebung wurde

kontrolliert. Während des Generalstreiks erschienen nur die „Mitteilungen des

Vollzugsrats“, nachher die Organe der ArbeiterInnenpresse. Die bürgerliche

Presse blieb verboten. Telefon und Telegraph wurden ständig überwacht. Die

Betriebe begannen mit der Sozialisierung von unten. Auch militärisch gab es

Erfolge zu verzeichnen.

Doch die inneren Streitigkeiten mit der

USPD wuchsen. Toller, Klingelhöfer und Maenner sprachen sich vor den

Betriebsräten am 26. April gegen die KommunistInnen und für eine Kapitulation

vor der Hoffmann-Regierung aus. KPD und Rote Armee trotzten der Absetzung der

KommunistInnen durch die eingeschüchterten Räte und kämpften bis zum 3. Mai.

Dann hatten die KonterrevolutionärInnen endgültig München erobert.

## **KPD-Politik**

Wesentliche Elemente des Bolschewismus schlugen sich in der Politik der jungen Organisation im Unterschied z. B. zur wesentlich stärker verankerten Bremer KPD nieder. Kritik an reformistischen, anarchistischen, populistischen und zentristischen Konzeptionen und deren führenden VerfechterInnen paarte sich mit flexibler Einheitsfronttaktik (Verteidigung der 1. „Räterepublik“). Es wurde betont, dass sich die KPD nur an einer echten ArbeiterInnenregierung beteiligen würde wie an der 2. Räterepublik vom 14.-27. April 2019.

Ihr gelang lediglich unter dem Druck der Ereignisse und der Zeit nicht mehr der entscheidende nächste Schritt zu ihrem Ziel: Etablierung einer Münchner Kommune – die Auflösung der Reste der Reichswehr im Stadtgebiet. Sie widersetzte sich auch ihrer Abwahl durch die Räte am 27. April und stellte die Führung der militärischen Operationen gegen die Weißen. Die bayrische KPD hat damit mehr Weitblick und Mut, mehr Verantwortungsbewusstsein vor der Revolution bewiesen als die ZweiflerInnen an der Richtigkeit des Eintritts in die 2. Räteregierung in der KPD-Zentrale.

Eugen Leviné stellte nach seiner Ankunft in München deren Politik zunächst sicher, damit die örtliche KPD keine Abenteuerpolitik wie beim sog. Spartakusaufstand oder der

Ausrufung der Bremer  
Räterepublik betrieb. Andererseits schloss die lokale  
Organisation ebenso  
richtig die Beteiligung an einer unechten, bürgerlichen  
ArbeiterInnenregierung  
aus, wie sie die Bremer Räterepublik verkörperte.

## Schwächen

Ihre Schwächen blieben wie im übrigen  
Reich: unklare bzw. unzureichende Wahlberechtigungskriterien  
für die Räte  
(Benachteiligung von Frauen, keine Beschränkung des Wahlrecht  
in den  
Soldatenräten auf die proletarischen Mannschaftsdienstgrade),  
Unverständnis von  
revolutionärem Parlamentarismus (Ausnutzen der  
Parlamentstribüne, keine  
Forderung nach einer Konstituante). In der verfassunggebenden  
Versammlung hätte  
die KPD ein Programm für die Zerschlagung des bürgerlichen  
Staatsapparates  
einbringen und an einen der wenigen positiven Beschlüsse des  
1.  
Reichsrätekongresses anknüpfen müssen, die sog. Hamburger  
Punkte  
(disziplinarische und Kommandogewalt in der Armee bei den  
Räten, Wahl der  
Kommandeure etc.).

Diese Schritte zur Abschaffung des  
stehenden Heeres, zu einer echten Volksbewaffnung hätten nur  
unter einem

Räteregime, nach Aufbau und Sieg roter Arbeiterinnenmilizen eingeleitet werden können. Die Verknüpfung der Demokratiefrage mit den Hamburger Punkten hätte ein einigendes Band zwischen AnhängerInnen einer Rätediktatur und SPD- wie USPD-Mitgliedern, aber auch weitverbreitetem kleinbürgerlichen Antimilitarismus schmieden und damit den möglichen Wendepunkt in Richtung Revolution in Permanenz in ganz Deutschland darstellen können.

---

# 100 Jahre Bremer Räterepublik

*Jürgen Roth, Neue Internationale 235, Februar 2019*

Jede Revolution kennt Situationen des Voranstürens der kämpferischsten Elemente, der Avantgarde der ArbeiterInnenklasse. Die revolutionäre Ungeduld bildet eine Triebkraft dieser Entwicklungen, eine andere das Kalkül der Konterrevolution, diese Schichten in einen vorschnellen „Entscheidungskampf“ zu drängen, um sie isoliert leichter schlagen zu können. Der sog. Spartakusaufstand und die Münchner Räterepublik sind wohl die bekanntesten Phänomene dieser Art in der deutschen Revolution. Ihren Niederlagen folgten blutige

Repression, Tod und  
Mord und die Konsolidierung der Konterrevolution.

Während  
„Spartakusaufstand“ und Münchner Räterepublik, die Ermordung  
von KommunistInnen  
wie Luxemburg, Liebknecht, Leviné weithin bekannt sind,  
fristet die Bremer  
Räterepublik eher ein Schattendasein.

## **Sonderentwicklung**

Es macht daher  
Sinn, sich vorweg die Sonderentwicklung der Bremer  
ArbeiterInnenbewegung vor  
Augen zu halten, die schon während des Krieges einen  
vergleichsweise starken  
und bewussten revolutionären Flügel in Form der „Bremer  
Linksradikalen“  
hervorbrachte.

Während des  
Krieges entwickelte sich das Kräfteverhältnis zwischen den  
Flügeln im  
Sozialdemokratischen Verein Bremen (SPD) anders als im übrigen  
Deutschland.  
Bereits im Januar 1915 wurde ein Diskussionskreis vornehmlich  
oppositioneller  
FunktionärInnen gegründet – der „Indianerclub“. Schon 1916  
wurden etliche  
Parteirechte aus ihren Ämtern abgewählt. Sie schufen daraufhin  
die Zeitung



„Bremer Correspondenz“ (Januar-Dezember 1916), während die Linksradikalen ihre Wochenschrift „Arbeiterpolitik“ auflegten (24.6.1916-Frühjahr 1919). Am 1.12.1916 beschloss die linke Mehrheit eine Beitragssperre gegenüber dem Reichsparteivorstand. Dieser schloss daraufhin die Bremer Organisation aus. Die lokale Parteirechte gründete im Dezember 1916 eine Sonderorganisation, Vorläuferin der späteren MSPD, der (Reichs-)Mehrheitssozialdemokratie. Der Reichsparteivorstand übergab ihr das lokale Parteiorgan „Bremer Bürgerzeitung“ (BBZ).

Im Mai gründete Alfred Henke die Bremer Organisation der Unabhängigen (USPD), die damit aus der mit den Linken gemeinsamen Partei ausschieden. Diese gründeten sich am 23.11.1918 als „Internationale Kommunisten Deutschlands“ (IKD) neu, gaben ab 27.11.1918 die Tageszeitung „Der Kommunist“ heraus und schlossen sich der KPD an.

In Zimmerwald und Kienthal standen die Bremer Linksradikalen aufseiten der Bolschewiki. Vergleichbar den Revolutionären Obleuten im Reich und im Unterschied zum Spartakusbund verfügten sie durch ein gut ausgebautes Vertrauensleutesystem über entscheidenden Einfluss auf die 10.000 ArbeiterInnen der

Weserwerft, dem  
bedeutendsten Industriebetrieb der Stadt.

## **Der Kampf um Bremen: Räte konstituieren sich**

Nach

Massenversammlungen am 4. und 5. 11. brach am 6.11. der  
revolutionäre Sturm

los. Der am Morgen gewählte ArbeiterInnenrat (AR) der  
Weserwerft befreite

Militärgefangene aus dem Gefängnis in Oslebshausen,  
Matrosenmeuterer

entwaffneten auf dem Bahnhof die Begleitmannschaft. Am Abend  
kündigte der USDP-Linke

Frasunkiewicz die Bildung eines ArbeiterInnen- und  
Soldatenrats (AuSR) an. Am

9.11. mussten die Offiziere auf Druck der WerftarbeiterInnen  
den Soldatenrat

(SR) räumen. Der Senat (die bürgerliche Stadtregierung)  
bewilligte gleiches

Wahlrecht zum Parlament, gegen das er noch am 6.11. sein Veto  
eingelegt hatte.

Dieses verspätete Zugeständnis rettete ihn aber nicht, er  
wurde am 14.11.

abgesetzt.

Am 24.11.

stimmte der AuSR zwar gegen die proletarische Diktatur, aber  
für die Bewaffnung

der IndustriearbeiterInnenschaft und die Verwandlung der BBZ  
in sein eigenes

Presseorgan. Doch der letzte Beschluss wurde nicht umgesetzt, da die MSPD mit Auszug drohte. Mit Unterstützung durch den Soldatenrat übernahm schließlich am 21.12. die USPD die BBZ und bootete so auch die KPD aus.

Die Banken

bereiteten dem Rat Kreditschwierigkeiten. Am 9.12. lehnte er zwar einen Antrag auf volle Wiedereinsetzung von Senat und Bürgerschaft (Stadtparlament) ab, eine Antwort auf die Erpressung durch die Banken hatte er aber nicht.

Das am 11.12.

eingezogene Reserve-Infanterie-Regiment 213 versuchte der offen konterrevolutionäre Bürgerausschuss auf seine Seite zu ziehen. Doch dem SR gelang dessen Demobilisierung. Am 30.12. gelangte das 75. Infanterie-Regiment (ca. 600 Mann) vor der Stadt an und erhob konterrevolutionäre Forderungen, konnte jedoch von aufständischen ArbeiterInnen und Matrosen entwaffnet werden.

Am 6.1.1919

fanden die AR-Wahlen statt, die die MSPD mit 113 Mandaten gewinnen konnte (USPD: 64, KPD: 62). Die Beschränkung des Wahlrechts auf die in den 3 Parteien organisierten Mitglieder, statt es auf alle proletarischen Schichten und ihre wahlmündigen Angehörigen zu erweitern, war ein rechter USPD-

Einfall und ein  
schwerer Fehler, den auch die KPD mitzuverantworten hatte.  
Ursprünglich  
gedacht, um Manipulationen der passiven Schichten der  
Lohnabhängigen durch die  
Sozialdemokratie zu verhindern, vermochte die MSPD das  
Wahlverfahren für sich  
zu nutzen, indem es die Partei für alle und jeden öffnete.

Das  
Rätewahlrecht führte nicht nur zum massenhaften Zustrom in die  
Parteien,  
darunter auch unzuverlässiger Elemente in die KPD. Vor allem  
schloss es  
andererseits die unorganisierte Masse der ProletarierInnen von  
revolutionären  
Entscheidungen aus, statt sie aktiv einzubeziehen. Der  
bestmöglichen  
Entwicklung revolutionären Klassenbewusstseins unter  
breitesten Schichten wurde  
somit ein Bärendienst erwiesen!

## **Die Räterepublik**

Am 10.1. endete  
eine riesige, teils bewaffnete, von der KPD organisierte  
Demonstration vor dem  
Rathaus. Ihre Forderungen lauteten: „Nieder mit Ebert-  
Scheidemann und hinaus  
mit ihren Wortführern aus dem Arbeiter- und Soldatenrat in  
Bremen! Restlose  
Abdankung des Senats! Einsetzung von Volkskommissariaten!  
Ausscheiden aller

bürgerlichen und rechtssozialistischen Elemente aus dem Soldatenrat!“

(Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, Frankfurt/Main 1970, Verlag

Neue Kritik, S. 339) Der AuSR stimmte ohne die ausscheidenden MSPDlerInnen den

Forderungen zu und wählte einen „Rat der Volkskommissare“ aus je 3 Vertretern von

KPD und USPD. Zur Ergänzung der Räteexekutive wurde ein Vollzugsrat aus 9 USPD-

und 6 KPD-Mitgliedern eingesetzt. Bremen wurde zur selbstständigen

sozialistischen Republik ausgerufen, die Entwaffnung aller bürgerlichen

Elemente binnen 24 Stunden angeordnet, die bürgerliche Presse unter Vorzensur

gestellt, das Standrecht verhängt. Der auf dem Sterbelager liegende führende

Kopf der Bremer KPD, Johann Knief, trat gegen eine Überschätzung der Berliner

Ereignisse auf und warnte vor einer lokalen, verfrühten Machtergreifung! Zu

Recht, wie sich zeigen sollte.

## **Die Gegenrevolution**

Kreditsperre mit

der Forderung nach Wiedereinsetzung von Senat und Bürgerschaft, Demonstrationen

gegen die Aufhebung des Religionsunterrichts und andere Schulreformen, Drohung

mit Streik durch ÄrztInnen und BeamtInnen bewiesen: die gegenrevolutionären

Bestrebungen im Bürgertum bekamen Oberwasser. Das Volkskommissariat wich zurück. Es hob die Vorzensur und den Belagerungszustand auf. Die Wahlen zur Nationalversammlung gingen am 19.1. unbehelligt über die Bühne. Am 21.1. beschloss der AuSR, Wahlen für eine bremische, bürgerlich-parlamentarische Volksvertretung am 9.3. auszuschreiben. Die KommunistInnen gaben die Abstimmung angesichts der Unstimmigkeiten in ihrer Fraktion frei. Am 21.1. hatte die Partei zum lokalen Generalstreik gegen die Finanzmanöver aufgerufen, der jedoch ins Leere gehen musste, nachdem der Rat die Staatsmacht für sich reklamierte, der Generalstreik also keinen gegenrevolutionären Adressaten mehr hatte.

All das sind nur Beispiele dafür, dass die lokal isolierte Republik praktisch vom ersten Tag an in die Defensive geriet. Recht bald suchte sie nach einer Verhandlungslösung zum Rückzug – doch die Konterrevolution wollte keinen Kompromiss, sondern ein Exempel statuieren.

Noske wollte den besonders für die Wasserkante gefährlichen Brandherd Bremen löschen. Hier war schließlich die Bewaffnung der Arbeiterinnen trotz der bereits erfolgten Zugeständnisse an die bürgerliche Demokratie aufrechterhalten worden! Am 30.1.

ordnete er den Truppenvormarsch auf Bremen an. Der Große AR in Hamburg und der SR des 9. Armeekorps drohten zwar mit Maßnahmen zur Unterstützung Bremens. Aber mittlerweile hatte man sich auf die Entwaffnung der ArbeiterInnenklasse geeinigt. Das 9. Armeekorps sollte dafür sorgen, dass die abgelieferten Gewehre „treuhänderisch“ verwaltet werden.

Am 2.2.

erklärten sich die Bremer Volksbeauftragten mit der Unterschrift Ertingers (KPD) zum Rücktritt und zur Übergabe der Waffen an eine gemäß der Stimmenverhältnisse zu den Nationalratswahlen neugebildete Regierung bereit. Dies akzeptierte die Reichsregierung jedoch nicht.

Die Armee war den 500 Leuten, die als ernsthafte VerteidigerInnen Bremens zu werten waren, haushoch überlegen. Militärisch kapitulierte der Rat am 4. Februar. Rückzugsgefechte bis Bremerhaven und Cuxhaven zogen sich in den nächsten Tag hinein. Die Niederlage war jedoch besiegelt. Anders als die Münchner Räterepublik endete sie noch relativ unblutig, ohne Massenerschießungen. War der Bremer Räterepublik die „Macht“ recht leicht zugefallen, so verdeutlichen Verlauf und Ende, dass sie verfrüht kam, sie zu keinem Zeitpunkt in der Lage war, die Revolution auch zu verteidigen und weiterzutreiben. Die

Reaktion war durch die Deklaration eines Rates längst nicht besiegt, die Sozialdemokratie verfügte noch immer über einen beachtlichen Einfluss in der ArbeiterInnenklasse. Die USPD erwies sich als jene Partei, deren Halbheiten sich in den Maßnahmen der Räterepublik am deutlichsten ausdrückten.

## **Lehren aus der Politik der Bremer IKD/KPD**

Dabei hatte die Bremer Linke durchaus Stärken einzubringen. Sie trennte sich eher von den ReformistInnen und ZentristInnen als die Spartakusgruppe. Doch mangelte es ihr an taktischer Flexibilität, Disziplin, aber auch an Prinzipienfestigkeit und Klarheit.

Am weitsichtigsten agierte sicherlich Johann Knief. Er verstand die Gefahr lokaler Aufstandsversuche, die in der Situation nach dem fehlgeschlagenen „Spartakusaufstand“ ihr revolutionäres Feuer nicht einfach aufs ganze Reich ausbreiten konnten.

Die Münchner KPD unter Eugen Leviné war jedoch konsequenter, was die Weigerung



der Teilnahme an  
der 1. Räterepublik betraf. In Bremen beteiligte sich die KPD  
hingegen an einer  
Koalition mit der USPD, die eben nicht wie eine echte  
ArbeiterInnenregierung die  
Zerschlagung des bürgerlichen Staats anstrebte, sondern  
bestenfalls die  
Doppelherrschaft in der Armee verteidigte und Polizei,  
BeamtenInnenschaft und  
Justiz gänzlich intakt ließ. Es handelte sich um eine äußerst  
linke Variante  
einer bürgerlichen ArbeiterInnenregierung: KPD/USPD statt  
MSPD/ USPD im Reich.

Die örtliche KPD  
rührte nicht an der Doppelkonstruktion von AuSR. Die  
proletarischen  
Mannschaftsdienstgrade der Armee hätten sich an den Wahlen zu  
einheitlichen  
ArbeiterInnenräten beteiligen müssen. Die deutschen Soldaten  
waren keine Bauern  
in Uniform wie in Russland. Sie setzte nicht an gemeinsamen  
Forderungen mit  
mehrheitssozialdemokratischen ArbeiterInnen an, die in der  
Aufforderung an die  
SPD zum Bruch mit der Bourgeoisie und „Alle Macht den Räten!“  
führten. Ihr  
Ausschluss aus dem AuSR war ein schwerer Fehler.

Auch die  
ökonomische (Banken) und betriebliche Ebene blieb  
unterbelichtet, v. a. fehlte  
das Element ArbeiterInnenkontrolle als entscheidendes  
Bindeglied zwischen  
zahlreichen Teilforderungen und dem Kampf für

ArbeiterInnenmacht.

Schließlich

lehnte sie zwar abstrakt die Wahlen zur Nationalversammlung ab und stellte

ihnen die Räte entgegen, aber sie war taktisch unfähig und unwillig, die Wahlen

und die verfassunggebende Versammlung für den Kampf um die Rätewahl und die

Diktatur des Proletariats auszunutzen. Somit kam es auch zur Paradoxie, dass

die gegen die Nationalversammlung gerichtete Räterepublik die Wahlen zu

ebendieser auch in Bremen ruhig abhalten ließ.

All das spiegelt

wider, dass die Räterepublik selbst auf ihrem Höhepunkt nie wirklich die

Doppelmacht in der Stadt lösen konnte. Das war sicherlich nicht einfach ein

„Fehler“ der KPD, sondern erwuchs aus den objektiven Schwierigkeiten und auch

Grenzen einer „lokalen“ Rätewahl. Anders als der Münchner jedoch mangelte es

der Bremer KPD an Bewusstheit dieses Verhältnisses – sie war somit selbst eher

getriebene als treibende Kraft.

---

# Die KPD, ihre Vorläufer und die Novemberrevolution

*Revolutionärer Marxismus 26, Theoretisches Journal der Liga für eine revolutionär-kommunistische Internationale (heute: Liga für die Fünfte Internationale), Winter 1998/99*

## I. Loslösung von der SPD

Zur Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands am 30.12.1918 fanden sich 83 Mitglieder aus 46 Orten ein. Zahlenangaben über die Gesamtmitgliedschaft zur Gründerzeit schwanken zwischen einigen Hundert und Tausend. Den Kern der Partei bildeten die frisch aus der USPD ausgetretene Spartakusgruppe, die Gruppierungen der Linksradikalen aus Berlin (ISD um Julian Borchert und die Zeitung "Lichtstrahlen") und Bremen (um Johann Knief und die "Arbeiterpolitik") sowie eine sich ebenfalls als linksradikal verstehende Tendenz aus Hamburg. Diese Formationen verkörperten unterschiedliche Strömungen der oppositionellen Arbeiterbewegung.

Die Opposition in der SPD entstand im wesentlichen in den Kriegsjahren ab 1914 und hatte zum Ausgangs-, Dreh- und Angelpunkt die offizielle positive Haltung der Partei zum imperialistischen Krieg. Die Spanne dieser Abdrift reichte aber vom Pazifismus ohne gesellschaftlich durchgreifende Perspektive bis zur revolutionären Bürgerkriegserklärung. Organisatorisch kanalisierte sie jedoch keine zwei klar abgesteckten Lager, sondern führte dazu, daß sich einige Splitter außerhalb der Sozialdemokratie verfestigten und als solche auch selbst voneinander isolierten, weil sie neben der Kriegsfrage die Ablehnung der Parteidisziplin zur Generalfrage erhoben, während sich der Großteil der innerparteilichen Opposition erst nach dem Maulkorb im Parteiorgan «Vorwärts» aus der SPD verabschiedete und Ostern 1917 zur Unabhängigen

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) zusammenschloß. Dieser Zusammenschluß war nicht Frucht einer inhaltsbestimmten Debatte, geschweige denn eines gemeinsamen stringenten Fraktionskampfes, vielmehr ein Sammelbecken sozialdemokratischer Elemente verschiedener Couleur.

Ihre linkeste Strömung, der Spartakusbund, um die über die Landesgrenzen hinaus bekannte R. Luxemburg und den Reichstagsabgeordneten K. Liebknecht, der als erster «Nein» zu den imperialistischen Kriegskrediten gesagt hatte, war nach kurzer Eigenständigkeit in die USPD gegangen. Die Entrismus-Taktik ging aber von keiner klaren Einschätzung der USPD aus, wurde zu lange aufrecht erhalten und war insgesamt auch nicht sonderlich erfolgreich (95% des Arbeiteranhangs verblieb bei der Mutterpartei, als Spartakus sie im Dezember 1918 wieder verließ).

Sie wurde durchgeführt, um den Massen nahe zu sein und die besten Kämpfer aus der USPD herauszuholen. So konnte erreicht werden, daß Spartakisten bei den Zusammentreffen der Revolutionären Obleuten in Berlin zu Gast waren. Bei den Revolutionären Obleuten handelte es sich um jene Aktivisten, die die Arbeiter, namentlich aus Berliner Metallgroßbetrieben aus ihrer Mitte zu Streikführern gewählt hatten, und die sich sehr um den Aufschwung der Arbeiterbewegung in Deutschland seit 1915 verdient gemacht hatten. Sie stellten den linken Flügel in der zentristischen USPD dar.

Der scheinbare Vorteil der föderalen und liberalen Strukturen der USPD, die ein Arbeiten in ihr ermöglichten, verkehrte sich in das Gegenteil, da in der dezentralisierten Partei der Versuch eines fraktionellen Kampfes leerlief. Eugen Leviné, der nach der niedergeschlagenen Räterepublik in München hingerichtet wurde, schilderte den Reichsrätekongreß so:

*“Dieser Kongreß setzte sich ... aus schlaunen Parteisekretären und Gewerkschaftsfunktionären zusammen, die sich ihrer Aufgabe bewußt waren. Niemand von uns hatte vermutet, daß so etwas*

*möglich sei. Jedermann fragte sich: „Wo bleibt die Spartakusgruppe, wo bleiben ihre prinzipiellen Stellungnahmen?“*

Spartakus war gezwungen, sich auf die internen Debatten der USPD, der er noch angehörte, zu konzentrieren, wobei die USPD-Führung ständig davor zitterte, ihr linker Flügel könne „zu weit gehen“. Dadurch sei, meint Leviné, die gesamte von Spartakus aufgeworfene Debatte im Innern der USPD erstickt worden. Die Spartakusgruppe konnte ihre Argumente auf dem Kongreß nicht vorbringen. Erst am Ende des Kongresses legt die Gruppe sich Rechenschaft darüber ab, daß sie über zwölf Delegierte verfügte und durchaus weitere acht unter den Soldaten hätte finden können, um eine Fraktion zu bilden und Rederecht zu erhalten.

*„In der Fraktion der Unabhängigen Partei“, schrieb Leviné, „war es uns unmöglich, eine Klärung herbeizuführen. Eines ist eine Massenversammlung von Unabhängigen ... dort können wir, wenn wir von innen heraus agitieren, die Massen nach links treiben ... aber die Herren, die sich in der Fraktion befinden, haben eine so dicke Haut, die sich in langen Jahren parlamentarischer Gleichgültigkeit herausgebildet hat, daß unsere Peitschenschläge sie nicht in Bewegung setzen können.“*

Natürlich hätte Spartakus seine Positionen nicht durchsetzen können. Doch eine Polarisierung des Kongresses und damit ein Mehr an Klarheit wären möglich gewesen. Der Vorschlag, daß sich der Reichsrätekongreß selbst zur gesetzgebenden Versammlung erklärt, von den USPD-Sprechern nur halbherzig vorgetragen, wurde abgelehnt.

Die Spartakus-Führung nahm die Weigerung der USPD-Spitze, einen Parteitag einzuberufen, auf dem die konterrevolutionäre Politik des Rates der Volksbeauftragten, in dem die USPD ja Mitverantwortung trug, zur Sprache kommen sollte, endlich zum Anlaß für den Ausstieg; darüber war es allerdings schon Dezember 1918 geworden und die revolutionären Ereignisse

längst in vollem Gange. Der Spartakusbund hatte organisatorisch nichts in der Hand, um die Arbeitervorhut in Gestalt der Revolutionären Obleute an sich zu binden, da diese sich von den betrieblichen Massen nicht isolieren wollten. Selbst die "Linksradikalen" um Radek hatten eine größere Massenbasis als Spartakus und standen der Doktrin des Bolschewismus näher. Zwar gab es Verhandlungen über eine Verschmelzung, doch stellten die revolutionären Obleute fünf Vorbedingungen – 1. Rücknahme des Wahlabstinenzbeschlusses 2. Paritätische Programmkommission 3. Aufgabe der Putsch-Taktik 4. Einflußnahme auf Presse und Flugblätter 5. Streichung der Bezeichnung Spartakusbund – was vom Spartakusbund nicht akzeptiert wurde.

So mußten die Spartakus-Leute für die Parteiformierung auf ein Milieu zurückgreifen, das sich außerhalb der sozialdemokratischen Massenorganisationen angesiedelt hatte, durchsetzt mit allerlei politisch vagabundierenden Geistern, die von der Revolutionswoge hochgespült worden waren und sich magisch von dem jeweils radikalsten Projekt angezogen fühlten. Kontakte zu den verschiedenen organisatorisch faßbaren Oppositionszellen bestanden bereits vor Kriegsausbruch, die sich während des Krieges dann konsolidierten und auch annäherten. Zu nennen wären die 1916 aus der SPD ausgestoßenen Bremer Linksradikalen, die aus Protest gegen die Kriegsbejahung der Parteiführung eine Beitragsperre empfohlen hatten. In ihren Reihen wirkte neben P. Frölich auch K. Radek, der vielfältige Beziehungen zu den russischen Bolschewiki unterhielt. Sie waren federführend in dem lockeren Verband, der als Internationale Sozialisten Deutschlands (ISD) firmierte.

Im Mittelpunkt ihrer propagandistischen Arbeit stand neben der Verurteilung des imperialistischen Krieges die Bürokratisierungskritik an der Sozialdemokratie. Daraus folgte die Abgrenzung gegen alle sozialdemokratisch geführten Teile der Arbeiterbewegung und der Anspruch auf ein gänzlich anderes

Organisationsmodell, bis hin zur Beseitigung jeglichen Führertums in der Arbeiterbewegung. Hier wurden gern Anleihen bei der Theorie der revolutionären Selbsttätigkeit der Arbeitermassen von R. Luxemburg gemacht, die gerade diesen Organisationskurs nicht mitgemacht hatte.

Das war im dialektischen Wechselspiel mit der fehlenden klaren positiven Programmatik der Grund, warum eine Vereinheitlichung innerhalb der ISD unterblieb. Die Hamburger Linksradiكالen um H. Laufenberg, einem ehemaligen Redakteur und Schulungsleiter der SPD, standen bei der Bildung der ISD abseits, weil sie die nationale Selbständigkeit wahren wollten. Aus einer ganz anderen, linksbürgerlich-anarchistischen Tradition kam der Kreis um die Kulturzeitschrift «Die Aktion» mit ihrem Schriftleiter Pfemfert und komplettierte die Rekrutierungsriege für die spätere KPD. So fehlte der Revolution just bei Ausbruch der organisatorische revolutionäre Pol.

Auch der Spartakusbund war nicht von der Einmütigkeit und Hellsicht geprägt, die ihn unter den Revolutionsumständen zur Führungskraft prädestiniert hätte. Über den Parteaufbau und die Einschätzung der SPD herrschten keine einheitlichen Sichtweisen selbst zwischen den erfahrensten Führern. Luxemburg betrieb am dezidiertesten den Entrismus und Verbleib in der USPD – im übrigen war sie auch später in der Frage der Neugründung der Internationale das retardierende Moment – während Liebknecht auf eine schnellere organisatorische Eigenständigkeit drängte. Die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit war Orientierungspunkt für Luxemburg; Liebknecht hingegen sah die größere revolutionäre Potenz bei der Masse der ungelernten, nicht an die alten Apparate gefesselten Arbeiterschaft. In der SPD-Kritik akzentuierte Luxemburg den historischen Zusammenbruch des Reformismus auf Weltebene, Liebknecht indes strich die subjektive Seite, den Verrat der Instanzen und damit den Gegensatz Führerschaft-Masse heraus.

Die spätere KPD wurde von keinem ihrer Gründungsbestandteile

organisatorisch und politisch früh und klar genug vorbereitet. Schon in der Vorkriegs-SPD hätten sie eine gegen Revisionisten und Zentristen gerichtete Fraktion bilden müssen, die am 4. August, dem historischen Verrat der Partei, aus dieser hätte austreten müssen. Ein vorzeitiger Ausschluß durch den Vorstand hätte in Kauf genommen werden müssen, zumal in den Augen der Mitgliedschaft die Führung als Spalter dagestanden wäre; nach der Bewilligung der Kriegskredite war eine Spaltung unvermeidlich. So fehlten im Krieg (im Untergrund operierende) Zellen an der Front, in den Betrieben und Gewerkschaften einer revolutionären Partei, die den russischen Bolschewiki vergleichbar war.

## **II. Die Politik der Linken in den Revolutionsmonaten**

Linken als Vorbereiter und Lenker der Revolution, so heißt das nicht, daß sie es an heldenhaftem Einsatz hätten fehlen lassen oder daß sie das Gebot der Stunde völlig verkannt hätten. So waren die Linken im Vorfeld des Umsturzes durch Waffenbeschaffung, die Mitorganisierung von Kurierdiensten als Verbindungsnetz zwischen Betrieben und Kasernen beteiligt. Wo sich Räte bildeten, gingen sie hinein oder versuchten, selber welche zu initiieren. In Berlin wurde ein bürgerlicher Zeitungsverlag besetzt und die «Rote Fahne» als tägliches Revolutionsorgan herausgegeben. Unermüdlich wurden Flugblätter gedruckt und eine Reihe von Demonstrationen durchgeführt. Auf der berühmten Kundgebung vor dem Schloßplatz rief Liebknecht die sozialistische Republik aus. Nein – für heutige Begriffe war die damalige deutsche Linke in Anbetracht ihres geringen Kräfte-reservoirs tadelsfrei und musterhaft organisiert.

Rosa Luxemburg analysierte die Oktoberreformen scharfsinnig als Pakt der Scheidemann und Bauer mit der Monarchie, um sich der kommenden Revolution in den Weg zu stellen. Die proletarische Revolution würde über die Leiche des Kapitalismus hinwegfegen. *“Ihr erster Ruf, ihre erste Etappe*



*muß sein: Deutschland – Republik.”* (Spartacus 12, Oktober 1918; in Brandt: 1918-19, S. 32)

Diese Formel war algebraisch: war die bürgerlich-demokratische Republik des Erfurter Programms oder eine sozialistische Republik der Arbeiterräte gemeint? Der Ausdruck “erste Etappe” suggeriert eher, daß die Krönung des demokratischen Minimalprogramms gemeint ist.

In einem Aufruf vom 10. November verkündete die Spartakusgruppe ihr Programm:

*„1. Entwaffnung der gesamten Polizei, sämtlicher Offiziere sowie der Soldaten, die nicht auf dem Boden der neuen Ordnung stehen; Volksbewaffnung; alle Soldaten und Proletarier, die bewaffnet sind, behalten ihre Waffen.*

*2. Übernahme sämtlicher militärischer und ziviler Behörden und Kommandostellen durch Vertrauensmänner des Arbeiter- und Soldatenrates.*

*3. Übergabe aller Waffen- und Munitionsbestände sowie aller Rüstungsbetriebe an den Arbeiter- und Soldatenrat.*

*4. Kontrolle über alle Verkehrsmittel durch den Arbeiter- und Soldatenrat.*

*5. Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit; Ersetzung des militärischen Kadavergehorsams durch freiwillige Disziplin der Soldaten unter Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrates.*

*6. Beseitigung des Reichstages und aller Parlamente sowie der bestehenden Reichsregierung; Übernahme der Regierung durch den Berliner Arbeiter- und Soldatenrat bis zur Errichtung eines Reichs-Arbeiter- und Soldatenrates.*

*7. Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten in ganz Deutschland, in deren Hand ausschließlich Gesetzgebung und Verwaltung liegen. Zur Wahl der Arbeiter- und Soldatenräte schreitet das gesamte erwachsene werktätige Volk in Stadt und Land und ohne*

*Unterschied der Geschlechter.*

*8. Abschaffung aller Dynastien und Einzelstaaten; unsere Parole lautet: einheitliche sozialistische Republik Deutschland.*

*9. Sofortige Aufnahme der Verbindung mit allen in Deutschland bestehenden Arbeiter- und Soldatenräten und den sozialistischen Bruderparteien des Auslandes.*

*10. Sofortige Rückberufung der russischen Botschaft nach Berlin.” (Die Rote Fahne 2, 10.11.1918; in: Brandt, 1918-19, S.50)*

Ein unzweifelhaft revolutionäres Programm für die Rätemacht! Man vermißt allerdings wirtschaftliche Forderungen gegen Hunger und Not, demokratische Forderungen wie das Selbstbestimmungsrecht, eine Stellungnahme zu Friedensschluß und Reparationen, zur Enteignung der Kapitalisten und zum Aufbau einer sozialistischen Planwirtschaft. Eine “Taktik” gegenüber der reformistischen Führung und ihres zentristischen Flankenschutzes fehlt ebenso (Brecht mit der Koalition mit dem kapitalistischen Militär- und Verwaltungsapparat!). Die Forderung nach Beseitigung der Reichsregierung – seit dem Tage des Erscheinens dieses Aufrufs eine Koalition aus SPD und USPD – kann nach ihrer Bestätigung durch die Versammlung im Zirkus Busch als Aufforderung zum Aufstand gegen die von den Arbeiter- und Soldatenräten gewählte Exekutive ausgelegt werden. Zunächst besteht aber die Aufgabe für Kommunisten, die Basis dieser Parteien politisch für sich zu gewinnen!

In ihrem Artikel “Der Anfang” (Die Rote Fahne [Berlin] Nr. 3, 18.11.1918; in Brandt: 1918-19, S. 74 – 76) zieht Luxemburg eine Zwischenbilanz: der Feind ist nicht niedergeworfen, nur die Monarchie, die wie jede bürgerliche Regierung Geschäftsführerin der herrschenden Klassen war. Um die ganze Macht in die Hände der Räte der arbeitenden Masse zu legen, das Revolutionswerk vor seinen lauernden Feinden zu sichern,

fordert sie: Ausbau und Wiederwahl der lokalen Arbeiter- und Soldatenräte; ständige Tagung dieser Vertretungen und Übergabe der eigentlichen politischen Macht aus dem kleinen Komitee des Vollzugsrates in die breitere Basis; schleunigste Einberufung des Reichsparlaments der Arbeiter und Soldaten; unverzügliche Organisierung nicht der Bauern, sondern der ländlichen Proletarier und Kleinbauern, die als Schicht bisher noch außerhalb der Revolution stehen; Bildung einer proletarischen Roten Garde als Schutz der Revolution und Heranbildung der Arbeitermiliz, um das gesamte Proletariat jederzeit wachsam zu halten; Verdrängung der übernommenen Organe des alten Staates von der Verwaltung, Justiz und Armee; sofortige Konfiskation der dynastischen Vermögen und Besitzungen sowie des Großgrundbesitzes als erste Maßnahme zur Sicherung der Verpflegung des Volkes; sofortige Einberufung des Arbeiterweltekongresses nach Deutschland.

Was macht aber die "revolutionäre" Regierung? Sie beruft die Konstituierende Nationalversammlung als bürgerliches Gegengewicht zur Arbeiter- und Soldatenvertretung ein; tut nichts, um die weiter bestehende Macht der kapitalistischen Klassenherrschaft zu zertrümmern; sie tut alles, um die Bourgeoisie zu beruhigen, die Unantastbarkeit des Kapitalverhältnisses zu versprechen; sie läßt die sich auf Schritt und Tritt regende Gegenrevolution ruhig gewähren. Dieses Aktionsprogramm stellte jetzt auch organisierende und wirtschaftliche Maßregeln, die in die Eigentumsverhältnisse eingriffen und die Hungersnot lindern sollten, auf. Wie sollte die Revolution über die sozialdemokratische Führung hinweg vorangetrieben werden, wie sollten die Arbeiter, die SPD und USPD folgen, gewonnen werden? Welche Forderungen stellte man an diese Führer, um sie vor ihrem Anhang zu kompromittieren und den Widerspruch zwischen ihren Absichten und den Bedürfnissen der Basis zu entwickeln und beschleunigen? Antwort:

*"Das Bild der deutschen Revolution entspricht der inneren*

*Reife der deutschen Verhältnisse. Scheidemann-Ebert sind die berufene Regierung der deutschen Revolution in ihrem heutigen Stadium. Und die Unabhängigen, die mit Scheidemann-Ebert Sozialismus machen zu können glauben, ... qualifizieren sich damit selbst als die berufenen Mitträger der Firma in diesem ersten provisorischen Stadium. Aber die Revolutionen stehen nicht still. Ihr Lebensgesetz ist rasches Vorwärtsschreiten ... Die Lage ist als Anfang begreiflich, als Zustand auf die Dauer unhaltbar. Soll die Gegenrevolution nicht auf der ganzen Linie Oberhand gewinnen, müssen die Massen auf der Hut sein."*

Hier spricht die Objektivistin! Jede Revolution bekommt die Führung, die sie verdient. Als quasi naturgesetzlicher Evolutionsprozeß entwickelt sie sich aber weiter unter der einzigen Voraussetzung – die "Massen" schlafen nicht ein dabei! Wozu sich da noch Gedanken um die Aufgaben einer revolutionären Führung machen? Die Spontaneität der Massen wird's dem Spartakus schon richten!

Die Lohnstreikwelle in Oberschlesien, bei Daimler usw. kommentiert Rosa so:

*"Die beginnende Streikbewegung ist ein Beweis, daß die politische Revolution in das soziale Fundament der Gesellschaft eingeschlagen hat. Die Revolution besinnt sich auf ihren eigentlichen Urgrund ... Die Bourgeoisie fühlt wohl, daß hier ihre sterblichste Stelle berührt wird, daß hier der Spaß der Regierungsharmlosigkeit aufhört und der furchtbare Ernst der Auseinandersetzung zweier Todfeinde ... beginnt ... Die kleinen Fesseln der gewerkschaftlichen Diplomatie im Dienste der Kapitalsherrschaft haben sich in der Periode der politischen Stagnation, die dem Weltkrieg voraufgegangen ist, trefflich bewährt. In der Periode der Revolution werden sie elend versagen ... erste(r) Anfang einer Generalauseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit in Deutschland ... Beginn des gewaltigen direkten Klassenkampfes ... dessen Ausgang kein anderer als die Beseitigung des Lohnverhältnisses und die Einführung der sozialistischen*

*Wirtschaft sein kann ... Die proletarische Masse ist durch ihr bloßes Erscheinen auf der Bildfläche des sozialen Klassenkampfes über alle bisherigen Unzuänglichkeiten, Halbheiten und Feigheiten der Revolution zur Tagesordnung übergegangen. Der Acheron ist in Bewegung geraten, und die Knirpse, die an der Spitze der Revolution ihr kleines Spiel treiben, werden purzeln, oder sie werden endlich das Kolossalformat des weltgeschichtlichen Dramas, an dem sie mitspielen, verstehen lernen.*" ("Der Acheron in Bewegung", Die Rote Fahne [Berlin] Nr. 12, 27.11.1918; in: Brandt, 1918-19, S. 78 ff.)

Die Ökonomin dichtet dem Lohnkampf magische Fähigkeiten aus sich heraus an getreu dem Motto: "Die Bewegung ist alles, das Ziel ist nichts!" Transformiert er sich spontan in einen Kampf um gerade die Aufhebung des Lohnverhältnisses, für die wirtschaftliche und politische Macht des Proletariats oder bedarf es dazu der energischen Intervention der kommunistischen Avantgarde und des Weitertreibens über die ursprünglichen Ziele? Verschwinden die "kleinen Fesseln der gewerkschaftlichen Diplomatie im Dienste der Kapitalsherrschaft" wie z.B. die reformistische Gewerkschaftsbürokratie, ohne daß Kommunisten die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder hinter sich geschart und einen hartnäckigen Kampf in der Elementarorganisation geführt haben? Purzeln die Ebert-Scheidemänner, die Haases und Co. auch so geräuschlos, wenn das Proletariat auf der Bildfläche bloß erscheint? Ist das Proletariat in den Arbeiter- und Soldatenräten nicht auch auf der Bildfläche erschienen, sogar ziemlich geräuschvoll unter Waffen? Oder ist der politische Kampf "eigentlich" eine Ablenkung vom "Urgrund" des Klassenkampfes überhaupt? Vielleicht kann der "eigentliche" elementare Klassenkampf die in Politik, in Debatten und Regieren verstrickten Führer zur Besinnung bringen, sie das "weltgeschichtliche Drama, an dem sie mitspielen, verstehen lernen"? Die Fragen stellen heißt sie beantworten. Luxemburgs Spontaneismus erlebt hier ein schlimmeres Waterloo als jemals

zuvor!

Die revolutionäre Linke beging gravierende politische Fehler. Mit Blick auf die zu Anfang scheinbar widerstandslose und gewaltige Ausbreitung der Revolution erlag die Linke der Gefahr, die revolutionäre Schubkraft für so mächtig zu halten, daß ihr selbst der Verrat der MSPD-Führung nichts anhaben könnte, wenn die Massen nur beizeiten darüber aufgeklärt würden. Hier verschätzte die ansonsten besonnene Luxemburg sich gleich zweifach. Zum einen an jenem «Blutnikolaus», als in der «Roten Fahne» der Aufruf zu einer unbewaffneten Demonstration am 6. 12. in Berlin mit dem Hinweis erschien, daß sich die Revolutionäre auch durch lautere friedliche Mittel von der alten Obrigkeit zu unterscheiden hätten. Die Folge war, daß dieser Demonstrationzug in einen konterrevolutionären Hinterhalt geriet und mehrere Tote auf der Strecke blieben. Die Gefahr durch heimkehrende Truppen glaubte Luxemburg gebannt, indem sie den Soldatenrock gegen einen Arbeitskittel eintauschen würden; die proletarische Umgebung würde sie dann wieder revolutionär konditionieren.

Das Versäumnis, in der Wehrpflichtigenarmee klassenorganisierend gewirkt zu haben, schlug sich in dem klassenunspezifischen Sonderrang der Soldatenräte nieder. Es hätten Mannschaftsräte und die Entwaffnung der Offiziere und gegenrevolutionären Unteroffiziere gefordert werden müssen, um antirevolutionäre Einflüsse besser neutralisieren zu können und eine Ausgangsposition zur Zerschlagung und Transformation des stehenden Heeres in eine den Arbeiterräten verantwortliche demokratische, proletarische Miliz zu schaffen. Zwar wurde korrekt propagiert, das Netzwerk der Räte zu einem System als Grundlage und Sicherung von Arbeitermacht auszubauen, doch die Verankerung ihrer Strukturen blieb besonders auf Betriebsebene unklar.

Überhaupt muß festgestellt werden, daß das Programm der Linken, namentlich des Spartakusbundes, als maximalistisch mit einigen demokratischen Einsprengseln (Wahl der Offiziere) zu

bezeichnen war, also keinen wirklichen Übergangscharakter besaß. Da verhielt sich die MSPD mit der nach innen geleiteten Friedenssehnsucht der Massen geschickter, allerdings in umgekehrter Richtung! Der wichtigen demokratischen Lösung der Konstituante wurde die Rätelosung praktisch nur gegenübergestellt.

Die Abstimmungsniederlage auf dem reichsweiten Arbeiter- und Soldatenräte-Kongreß Mitte Dezember 1918, auf dem Spartakus (als USPDler) 6 und die Laufenberg-Leute («Vereinigte Revolutionäre Arbeiter und Soldaten») 10 Abgesandte stellten, war bitter (98:344) und signalisierte einen herben Rückschlag für die Sache der sozialistischen Revolution. Auch dies wurde auf Seiten der Linken nicht konsequent genug registriert. All diese Fehldiagnosen trugen zum Auftrieb von politischen Abenteurern in den eigenen Reihen bei.

Spartakus und Linksradikalen ging ein Verständnis für Differenzierungsprozesse zwischen Mitgliedschaft und Führung in Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien ab. Die Räte waren anfangs loyal gegenüber dem RVB in der Erwartung, die Initiative zu grundlegenden politischen Veränderungen müsse von oben kommen. Als sich zeigte, daß die SPD-Führer sich in jedem Konflikt zwischen der alten Bürokratie und den Arbeiter- und Soldatenräten gegen letztere stellten und keinerlei Anstalten machten, die Ziele der "sozialdemokratischen" Rätebewegung in Angriff zu nehmen ("sozialistische" Republik), sondern vielmehr dagegen arbeiteten, setzte die Kritik an der Regierung ein.

Die revolutionäre Linke beschränkte sich auf rein agitatorische Entlarvung der "Regierungssozialisten" und endlose Demonstrationen ("revolutionäre Gymnastik"). Erst in späteren Jahren wurde eine systematische Einheitsfrontpolitik und Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit verfolgt.

### III. Kontroversen der Gründungsphase

Mit dem quasi selbstliquidatorischen Schritt des Rätekongresses kippte die Waage der Doppelmacht nun eindeutig zugunsten der bürgerlich-demokratischen Konterrevolution. Erst in dieser Lage, knapp zwei Wochen später, gründete sich die Partei mit revolutionär-proletarischem Anspruch, die Kommunistische Partei Deutschlands (29. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919). Zu spät, wenn die äußere politische Konstellation berücksichtigt wird; zu früh, wenn man es aus der Warte der Reife der Organisation betrachten will. Nachdem der Versuch zur Anbordnahme der revolutionären Obleute gescheitert war und es erst 1920 gelingen sollte, die USPD entlang der Klassenlinie zu spalten, zeigte das Kräftebarometer der KPD auf ultralinks.

Unstimmigkeiten traten bereits auf dem Gründungsparteitag in aller Deutlichkeit hervor. Sie fingen schon bei der Namensgebung an. Luxemburg plädierte aus taktischer Rücksichtnahme auf die reformistisch beeinflussten Arbeitermassen für «sozialistisch», Leo Jogiches – das “Organisationsgenie” von Spartakus – hielt die Gründung überhaupt und die Trennung von der USPD für immer noch verfrüht; doch die Mehrheit entschied korrekterweise anders. Zur zentralen Kontroverse kam es über das Problem der Konstituante. Luxemburg versuchte, den Unterschied zwischen einer allgemeinen Klassifizierung und der Notwendigkeit des taktischen Reagierens herauszuarbeiten und empfahl die Beteiligung an den Nationalratswahlen in Form einer Eigenkandidatur, die Nationalversammlung und den Wahlkampf als Tribüne des Klassenkampfes auszunutzen.

Die Gegner dieses Herangehens sahen dies in der spezifischen Doppelmachtsituation als nicht mehr erfüllbare demokratische Losung an, sondern nur, daß die Nationalversammlung die Konterrevolution besiegeln könnte, und hielten es deshalb für geboten, der bisherigen Propagierung des Rätewesens folgend



der Konstituante mit Abstinenz zu begegnen und stattdessen die Kräfte für wichtigere Aufgaben, den Aufstand, zu präparieren. Das Leitungsgremium schloß sich Luxemburgs Argumentation an und legte dies dem Parteitag zur Beschlußfassung vor, erlitt aber eine kapitale Niederlage mit dreiviertel Gegenstimmen, was die Autorität der frischgebackenen Führung natürlich empfindlich unterhöhlen mußte. Hier rächte sich im übrigen, daß das 12-köpfige Paneel berlin- und spartakuszentriert besetzt war. Die neue Partei legte also mit ihrem ersten Beschluß von Tragweite einen klassischen Fehlstart hin. Obgleich die Position der Zentrale nicht ganz korrekt war, weil sie einige taktische Implikate außer Acht ließ, hätten wir damals gegen die ultralinken Sektierer assistieren müssen.

Das gilt auch in der Aufstandsproblematik, wo sich ebenfalls das radikale Argument durchsetzte, diesmal allerdings mit knapperer Mehrheit und anderer Frontstellung. Luxemburg gehörte abermals zu denjenigen, denen die Geschichte nachträglich mehr recht gab, aber wieder zu den Verlierern der aktuellen Abstimmung. Jogiches und Luxemburg waren wie die Revolutionären Obleute gegen jeden vorzeitigen Versuch der Machtübernahme, sahen den endgültigen Sieg der proletarischen Revolution erst am Ende harter Klassenkämpfe. Liebknecht war hier weniger vorsichtig. Er war wie die Masse der Spartakisten eher Anhänger der "revolutionären Initiative", des Drucks der Straße, des Ersatzes "falscher" Führungen durch "handelnde Minderheiten". Hatte die «Rote Fahne» am 14. 12. 1918 noch die Errichtung einer Räterepublik erst nach Gewinnung der Mehrheit der werktätigen Bevölkerung verkündet, schwand das luxemburgistische Vertrauen in die Dynamik der Massenkämpfe und die der Partei zugedachte eher passive Rolle als Sekundant im revolutionären Prozeß nunmehr.

Die voluntaristischen Aufstandsbefürworter, darunter auch Liebknecht, erkannten zwar richtig, daß die Zeit gegen die Revolution arbeitete, zogen aber den Kurzschluß, daß die Partei selber nun durch die Tat ein Revolutionsfanal setzen

und in einem militärischen Handstreich – daher der Vorwurf putschistischer Tendenzen seitens der Revolutionären Obleute – die Machtverhältnisse zugunsten der Arbeiterklasse entscheidend beeinflussen könnte, und tappten damit in eine vorbereitete Falle der Konterrevolution, die auf eine Kraftprobe in der ersten Januarhälfte 1919 im Berliner Zeitungsviertel eingerichtet war, die Linke der Berliner USPD und die Kritiker der revolutionären Obleute allerdings gleich mit.

Das ZK der KPD war über diese Frage gespalten: Liebknecht wurde laut Broué (S. 49) erlaubt, seine Aktivitäten – auch mit dem weiteren Ziel der unmittelbaren und bedingungslosen (!?) Vereinigung der revolutionären Organisationen Berlins – auf “eigene Verantwortung” (!) fortzusetzen, obwohl es dagegen wandte, die Verteidigung Eichhorns unter der Hand, ohne ausreichende Vorbereitung und ohne Gewinnung der Massen zum Kampf für den Sturz Eberts zu verwandeln.

Zwar brach sich sehr bald die Erkenntnis von der Aussichtslosigkeit des verlustreichen Unternehmens Bahn, und der Abbruch der Aktion sowie der Rückzug aus dem Revolutionsausschuß zum Sturz der Regierung, in dem auch Liebknecht saß, wurden von der KPD beschlossen. Liebknecht wurde am 12. von Luxemburg und der Mehrheit des ZK heftig verurteilt. Auch Radek als quasi bolschewistischer Delegierter in Deutschland sprach sich gegen den Januaraufstand aus. Dieser Akt von Hybris lieferte jedoch der sozialdemokratisch geführten Konterrevolution den willkommenen Vorwand, jegliche revolutionäre Bestrebung als Mißachtung des Mehrheitswillens selbst der anerkannten Revolutionsorgane (Vollzugsrat, Rätekongreß) zu brandmarken und eine beispiellose Hetze speziell gegen die «spartakistischen Brandstifter» zu entfachen. Die junge KPD büßte mit dem bitteren Verlust ihrer beiden bedeutendsten Führer, die am 15. 1. 1919, also noch vor dem Termin der Nationalratswahlen, ermordet wurden.

Über die Auffassung der Anfangs-KPD zu den Gewerkschaften

finden sich widersprüchliche Angaben in der einschlägigen Literatur. Bei Flechtheim wird die Urheberschaft der Formel «Heraus aus den Gewerkschaften» dem Zentralkomiteemitglied Frölich von den Bremer Linksradiكالen zugeschrieben; selbst Luxemburg soll geäußert haben, sie seien wert zu verschwinden. Bock u.a. lasten diese sektiererische Parole syndikalistischen Kreisen außerhalb der Leitung an. Dort kursierte die Idee von der wirtschaftlich-politischen Einheitsorganisation, die Partei und Gewerkschaften ersetzen sollte, eine Räteform als Partei neuen Typs.

Gleichzeitig gab der Gründungskongreß der Partei eine sehr verschwommene organisatorische Form mit völliger Autonomie der örtlichen Gruppen. Die Führung sollte nur die Aufgabe haben, aufzugreifen und zusammenzutragen, was in der Organisation geschah. Der fehlende demokratische Zentralismus erklärte sich größtenteils aus den angestammten föderalistisch-antiautoritären Strukturen und der Isolation der einzelnen Mitgliedskomponenten der KPD und erwies sich als Störfaktor bei Beschlußfassungen und deren Umsetzung und im weiteren Verlauf als eine schwere Hypothek für den Aufbau einer wahrhaft revolutionären Partei. Man darf also abschließend sagen, daß die Gründung der KPD unter einem Unstern stand, nichtsdestotrotz war sie überfällig, obwohl die ROL und 95% der USPD-Arbeiter in den entscheidenden Städten nicht gewonnen werden konnten. Die KPD konnte nur ein paar tausend gewinnen.

Ein Wort noch zum Verhalten der Bolschewiki zur deutschen Revolution und zum Prozeß des Parteaufbaus. Kraft ihrer überlegenen Erfahrung und politischen Klarsicht hätten sie in diesem Zusammenhang mehr Verantwortung übernehmen müssen, insbesondere bei der Schmiedung einer revolutionären Partei, obwohl die III. Internationale zu dem Zeitpunkt noch nicht ins Leben gerufen war. Die Entsendung eines Radek, die Ermunterung durch Briefe und die Ermahnung durch eine bolschewistische Besuchsabordnung im Oktober 1918 an die deutschen Genossen, die Revolution müsse in einem Monat geschafft sein, reichten

nicht aus. Eine internationale Diskussion über die Probleme der KPD erfolgte erst im Vorfeld ihres 2. Parteitages im Oktober 1919. Hier revidierte sie auch ihre Position zu bürgerlichen Wahlen und zu den Gewerkschaften.

---

# 100 Jahre Novemberrevolution: Revolution und Tragödie

*Tobi Hansen, Neue Internationale 230, November 2018*

Für das deutsche BürgerInnentum bildet die Novemberrevolution von Beginn an eine zwiespältige Angelegenheit, offenbart sie doch, dass Krieg, Militarismus und Monarchie gegen es beendet werden mussten. Es war eine, wenn auch auf halbem Wege stecken gebliebene Revolution, die zur Weimarer Republik und einer bürgerlich-demokratischen Verfassung führte, die weder das BürgerInnentum, geschweige denn die Reaktion noch die revolutionären ArbeiterInnen gewollt hatten. Sie waren vielmehr Abfallprodukte der Revolution.

Kein Wunder also, dass in erster Linie die Sozialdemokratie, die selbst der Revolution die Spitze nahm, sich mit der Konterrevolution zur „Rettung der Republik“ verbündete, mit deren Ausgang identifizierte und als einzige Verteidigerin der „Demokratie“ inszenierte.

Der Aufstand der Matrosen in Kiel, der Soldaten an der Front wie auch die Demonstrationen, Streiks und Kämpfe der ArbeiterInnen seit 1917 werden nachträglich in das enge Korsett der „Entstehung“ der Weimarer Republik gezwängt. Deren proletarisch-revolutionäre, sozialistische Impulse und Zielsetzung werden in der sozialdemokratischen und liberalen Auffassung als letztlich hoffnungsloses Minderheitenprogramm

dargestellt.

Demgegenüber wollen wir hier in Kürze versuchen, zentrale Lehren zusammenzufassen. Eine umfassendere Darstellung findet sich in Nummer 26 unseres theoretischen Journals „Revolutionärer Marxismus“.

## **Imperialismus, Krieg und ArbeiterInnenklasse**

Der Erste Weltkrieg offenbarte den Charakter der imperialistischen Epoche. Aus dem Aufrüsten, dem Wettlauf um die Kolonien, dem Kampf der Monopole und Nationalstaaten um die Kontrolle der globalen Märkte entstand der erste industriell geführte Massenkrieg. Millionen krepiereten als Kanonenfutter an der Front, wurden verwundet, während die Massen im Land hungerten. Diese Realität des Krieges, des entstehenden Elends nicht allein an der Front, sondern vor allem in der „Heimat“ zeigte aber auch, dass diese „Kriegsordnung“ auf Sand gebaut war. Hatten 1914 Nationalismus und Chauvinismus auch große Teile des europäischen Proletariats und der Bauern-/Bäuerinnenschaft erfasst, so erschütterten die Erfahrungen des Krieges dieses Bewusstsein.

Die Zweite Internationale hatte schon im August 1914 vor dem entfesselten Nationalismus kapituliert. Die Resolutionen der internationalen Kongresse hatten zwar stets von Maßnahmen gegen den drohenden Krieg gesprochen, im Angesicht der Katastrophe war sie jedoch zu keiner Gegenaktion fähig. Im Gegenteil: Die führenden Parteien der europäischen und internationalen Sozialdemokratie wurden zu „Vaterlandsverteidigerinnen“, zur aktiven Stütze einer „Burgfriedenspolitik“ für die Dauer des Krieges. Die Interessen der Massen und der Klassenkampf wurden den Kriegserfordernissen des jeweiligen „eigenen“ imperialistischen Regimes untergeordnet. Die KriegsgegnerInnen wie die Bolschewiki oder die Linken um Luxemburg in der

deutschen Sozialdemokratie waren Teil einer kleinen Minderheit, die ihrerseits in revolutionäre InternationalistInnen einerseits, pazifistische oder gegenüber der Mehrheitssozialdemokratie versöhnlerische Kräfte andererseits zerfiel. Der Imperialismus hatte dadurch schon zu Beginn des Krieges einen großen Sieg gefeiert, nämlich die Ausschaltung der Internationale.

Speziell an der „Heimatfront“ waren die Verwerfungen des Imperialismus und des Krieges spürbar. Massenhafter Arbeitszwang, die Ausschaltung demokratischer Rechte, der Einzug von politisch missliebigen Personen an die Front gehörten zum Alltag der ArbeiterInnenklasse. Die gesamte Produktion wurde den Kriegszwecken untergeordnet. Doch dagegen protestierten und revoltierten die ArbeiterInnen zunehmend, z. B. in Berlin mit einem Massenstreik in der Rüstungsindustrie im Januar 1918. Während sich die Lebensverhältnisse der ArbeiterInnenklasse wie auch der Bauern/Bäuerinnen und großer Teile des städtischen KleinbürgerInnentums massiv verschlechterten, konnten Großkapital und Großgrundbesitz noch höhere Gewinne einfahren.

## **Verehendung**

Für die übergroße Mehrheit der Bevölkerung hieß Krieg ein täglicher Kampf um Brot, Kohle und Lohn – die GroßagrariarInnen und KapitalistInnen bereicherten sich daran noch mit überteuerten Produkten immer schlechter Qualität. Die Realeinkommen sanken während des Krieges um 40 Prozent, der durchschnittliche tägliche Kalorienaufnahme fiel von 3400 am Beginn des Krieges auf 1000 (!) im Jahr 1917. Zugleich wurden Arbeitsschutzbestimmungen aufgehoben, der Arbeitstag stieg auf 14 bis 17 Stunden. Nicht nur Proletariat und Bauern-/Bäuerinnenschaft fielen ins Elend, auch die Einkommen des Bildungsbürgertums (BeamtenInnen, Angestellte) sanken beträchtlich. Zugleich stiegen die Profite der Großkonzerne. Allein die 16 wichtigsten Stahl- und Montanbetriebe konnten

bis 2017 ihren Gewinn um durchschnittlich 800 % steigern. „Die Dividenden steigen, die Proletarier fallen,“ bemerkte Rosa Luxemburg zutreffend. Diese Entwicklungen bildeten den sozialen Ausgangspunkt der proletarischen Revolte.

Politisch spiegelte sich die Desillusionierung und Radikalisierung der Massen in einer Spaltung der Sozialdemokratie wider. 1916 entstand die USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands) nach dem Ausschluss der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, die die Zustimmung zu den Kriegskrediten verweigerten. Im März 2017 zählte sie rund 120.000 Mitglieder (gegenüber etwa 240.000 der Mehrheitssozialdemokratie, MSPD, um Ebert).

Die „Gruppe Internationale“ um Liebknecht und Luxemburg formierte sich 1914, agierte allerdings noch bis 1916 in der SPD. Die unter dem Namen „Spartakusbund“ bekannte Gruppierung stellte mit anderen „Linksradikalen“ den Pol der entschlossenen, revolutionären KriegsgegnerInnen. Die Avantgarde der Klasse fand sich jedoch zum größten Teil in der USPD, darunter auch wichtige Anführer des Kieler Matrosenaufstandes und die „Revolutionären Obleute“, die schon die Januarstreiks initiiert hatten.

## **Der Revolution entgegen**

Der Ausbruch der Novemberrevolution hatte sich schon lange angekündigt – und zwar nicht nur in Form von massiver Unzufriedenheit und Kriegsmüdigkeit der arbeitenden Bevölkerung.

Im April 1917 forderte eine Streikwelle eine Erhöhung der Brotrationen. Im Januar 1918 erschütterte ein politischer Massenstreik, der von den „Revolutionären Obleuten“ v. a. in den Berliner Rüstungsbetrieben organisiert worden war, das Land. Dieser wurde unter den Bedingungen der Illegalität gezielt vorbereitet, erhob neben sozialen auch politische Forderungen wie die nach sofortigem Frieden ohne Annexionen

oder der Aufhebung des Belagerungszustandes. Auch wenn dieser Kampf in einer Niederlage enden sollte und tausende KämpferInnen an die Front versetzt wurden, wo viele als Kanonenfutter krepieren sollten, so wurden die Zeichen der revolutionären Gärung immer deutlicher.

Gleichzeitig war auch klar, dass das Deutsche Reich und seine Alliierten den Krieg nicht gewinnen konnten. Die Jännerstreiks in Österreich zeigten, dass das verbündete Habsburger Reich zu implodieren drohte. Die Russische Revolution drohte trotz des Friedens von Brest Litowsk auf Europa überzugreifen.

Doch die Oberste Heeresleitung, das eigentliche Machtzentrum während des Krieges, das Kaiser und Fürsten zur Staffage gemacht hatte und letztlich auch der parlamentarischen Mehrheit aus Fortschrittspartei, Zentrumspartei und Sozialdemokratie den Takt vorgab, wollte um jeden Fall eine Kapitulation vermeiden. Ludendorff, der politisch-strategische Kopf der Heeresleitung und der deutschen Reaktion, musste zwar erkennen, dass eine Niederlage nicht mehr abzuwenden war, die „Schande“ eines Waffenstillstands und etwaiger Friedensbedingungen der Alliierten sollte aber eine zivile Regierung entgegennehmen. Diese zweifelhafte Ehre fiel dann einer solchen unter der Sozialdemokratie zu, die sich der „Verantwortung“ nicht zu entziehen vermochte. Die Oberste Heeresleitung und Ludendorff waren dabei fein raus und strickten auf dieser Basis an der revanchistischen „Dolchstoßlegende“, der zufolge das Heer im Feld unbesiegt geblieben und von den ParlamentarierInnen, „ZivilistInnen“ und insbesondere den SozialdemokratInnen verraten worden wäre.

In Wirklichkeit holte die MSPD dem deutschen Kapitalismus die Kastanien aus dem Feuer. Sie drängte auf die Abdankung des Kaisers, um ihre Politik den Massen als Erfolg zu verkaufen. Ebert und Scheidemann war nur zu bewusst, dass nicht nur die Monarchie und der Krieg am Ende waren, sondern dass die Ereignisse auch sie hinwegspülen konnten.



# Ausweitung

Der Kieler Matrosenaufstand vom 3.-11. November und die Ausweitung der Revolution innerhalb von nur wenigen Tagen auf das ganze Land zeigten, wie realistisch diese Gefahr war. Die Soldaten waren nicht mehr bereit, auf die ArbeiterInnenmassen zu schießen, die Revolution eroberte die Städte. Der MSPD-Führung um Ebert und Scheidemann war bewusst, dass sie ihre eigene Basis nur dann bei der Stange halten und der Revolution die Spitze abbrechen konnte, wenn sie sich selbst „revolutionär“ gab, also an die Spitze der Rätebewegung zu stellen versuchte.

Sie musste die Regierungsgewalt im Namen der Räte ausüben – oder sie drohte ihren Einfluss zu verlieren. Die MSPD sah sich gezwungen, um die Mehrheit in den ArbeiterInnen- und Soldatenräten zu kämpfen und diese zu organisieren. Geschickt manövrierte sie die USPD in eine Koalition, um somit alle ihre Maßnahmen von dieser links absichern zu lassen. In den Räten stützte sie sich letztlich auf eine Mehrheit, die sie vor allem über die politisch rückständigeren Soldaten sicherte.

So wie in Berlin, der Hauptstadt, verlief es auch in den meisten Städten. Die Räte übernahmen die formale Macht, praktisch als Ausschuss von MSPD und USPD. Oft wurden die ArbeiterInnenräte von den Parteivorständen nominiert und dann per Akklamation gewählt.

Die MSPD errang somit erste politische Siege Mitte November 1918. Sie konsolidierte ihre Machtstellung bei den Wahlen zum Reichsrätekongress im Dezember. Von den 489 Delegierten – 405 ArbeiterInnendelegierte und 84 Soldatenräte – waren 288 Mitglieder der MSPD, 90 der USPD, darunter 10 des Spartakusbundes. Weder Liebknecht noch Luxemburg waren gewählt worden und beiden wurde das Rederecht verweigert.

# Ohne Partei und Programm kein Sieg

Der wichtigste Unterschied zur Russischen Oktoberrevolution bestand im Fehlen einer revolutionären Massenpartei mit entsprechendem Programm. Hatten die Bolschewiki 1917 mit den Leninschen Aprilthesen eine programmatische Neuausrichtung erfahren, sich auf den Kampf um die Räte konzentriert, so war die Lage bei den Räten der Novemberrevolution eine völlig andere. Speziell die Matrosen aus Wilhelmshaven und Kiel bildeten direkt Soldatenräte, nachdem sie den Befehl verweigerten, auf Geheiß der Admiralität eine aussichtslose Schlacht gegen die britische Marine zu führen, und orientierten sich an den russischen Soldatenräten und deren Erlässen gegen die Offiziere. Auch der „Zentrale Vollzugsrat“ in Berlin unter Führung der Revolutionären Obleute und USPD, die flächendeckend gewählten ArbeiterInnen- und Soldatenräte und später die Räterepubliken wie in Bremen und München orientierten sich organisatorisch am Beispiel der russischen Räte des Jahres 1917. Nur fehlte ihnen entscheidend das Programm zur Niederringung der Konterrevolution, eine Taktik gegen die MSPD wie auch eine Klarheit über die Rolle der Räte selbst und die Ziele der Revolution.

## Rolle der USPD

Die USPD war eine zentristische Organisation, die zwischen Reform und Revolution, zwischen radikalem Kampf und Anpassung an die Mehrheitssozialdemokratie und, über diese vermittelt, an die Konterrevolution schwankte. Während die Führung der MSPD die sozialistische Revolution mit allen Mitteln verhindern wollte und in Zusammenarbeit mit dem Bürgertum und der Armee auch abwürgte, wollte die USPD-Spitze die Revolution, aber gewissermaßen nur halb.

Ideologisch zeigt sich das darin, dass ihre FührerInnen wie Kautsky Räte und Nationalversammlung miteinander kombinieren wollten. Die Doppelmachtsituation zwischen den (potentiellen)

Machtorganen einer neuen Ordnung, den ArbeiterInnen- und Soldatenräten, und der verfassunggebenden Versammlung, die als Sammelpunkt und Symbol für die Konterrevolution diente, sollte verewigt werden, statt sie zu entscheiden.

Die Politik der USPD war umso tragischer, als die Revolutionären Obleute zwar subjektiv mehr und mehr zur Revolution drängten, aber in den ersten Revolutionsmonaten nicht den entscheidenden Bruch mit ihr vollzogen. Der Spartakusbund vereinigte sich mit den „Internationalen KommunistInnen Deutschlands“ (den „Bremer Linksradi kalen“) und anderen KriegsgegnerInnen zur „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD). Letztlich kam diese Gründung (30. Dezember 1918-1. Januar 1919) zu spät. Die Partei selbst war noch politisch unreif, die Obleute konnten für die Gründung nicht gewonnen werden, der linke Flügel der USPD trat erst 1920 der KPD bei.

Die zentristische Politik der USPD und die Schwäche der KPD erleichterten der MSPD unter Ebert und Scheidemann, die Kontrolle über die ArbeiterInnen- und Soldatenräte zu erlangen und ihr Programm zur Niederhaltung der proletarischen Revolution im Bündnis mit Reichswehr und Großkapital umzusetzen.

## **Konterrevolutionäre MSPD**

Die MSPD verfügte nicht nur über eine Mehrheit in den Räten. Im Unterschied zur USPD hatte sie auch ein klares, konterrevolutionäres Programm. Ebert, Scheidemann, Wels, Noske und andere sozialdemokratische Parteiführer spielten dabei auf mehreren Ebenen.

Einerseits verschleppten sie alle fortschrittlichen Entscheidungen, jede bedeutende Maßnahme gegen die Reaktion. Ein zentrales Mittel dabei war der ständige Appell an die „Einheit“ der ArbeiterInnenklasse und die Legendenbildung, dass der „undemokratische Radikalismus“ der Spartakus-Leute

und der USPD-Linken (revolutionäre Obleute etc.) die Errungenschaften der Republik und den Frieden gefährden würden. Alle wichtigen Entscheidungen sollten auf die Konstituierende Versammlung vertagt werden. Schließlich sollte die „Minderheitenherrschaft“ der Räte der viel repräsentativeren Nationalversammlung, dem gesamten Volk, nicht vorgreifen. Die USPD war politisch-ideologisch selbst nicht in der Lage, dem etwas entgegenzusetzen, da sie den konterrevolutionären Charakter der Nationalversammlung erst gar nicht begriff oder wahrhaben wollte.

Andererseits konspirierte die Sozialdemokratie mit den nach Berlin und in andere städtische Zentren zurückgeholten Truppen, der bürgerlichen und reaktionären Presse. Unter Führung der MSPD wurden dem alten, nach wie vor existierenden Beamten-, Polizei- und Militärapparat immer weiter gehende Zugeständnisse gemacht, so dass sich die konterrevolutionären Kräfte, darunter auch die erz-reaktionären Freikorps, konsolidieren konnten. Diese Politik beinhaltete „selbstverständlich“ wiederholte Provokationen gegen die Linken, die ArbeiterInnenräte und gegen die Matrosen, die zum Schutz der Revolution in Berlin eilten. Zugleich versäumten es die Linken – einschließlich der Obleute – die ArbeiterInnen politisch und organisatorisch auf die Konfrontation vorzubereiten. So waren z. B. viele ArbeiterInnen bewaffnet, eine Miliz wurde jedoch nicht aufgebaut. Die USPD protestierte zwar gegen etliche Maßnahmen und Manöver der MSPD, zum Bruch mit der „Einheit“ in den Räten war sie aber nicht bereit. Somit legitimierte sie einerseits die Politik von Ebert und Noske, andererseits desorientierte sie auf diese Weise die eigenen AnhängerInnen und diskreditierte sich selbst.

Bald schon suchten die MSPD und die mit ihnen verbündeten Militärs bewusst die Konfrontation mit der Berliner Avantgarde der ArbeiterInnenklasse. Die Absetzung des USPD-Polizeipräsidenten Eichhorn zum Jahreswechsel 1918/19 sollte eine Machtprobe erzwingen. Der sog. „Spartakusaufstand“ war in

Wirklichkeit eine Auseinandersetzung, in die die Berliner Linken ohne ausreichenden Rückhalt im Land gedrängt werden sollten – und in den sie auch gezwungen wurden. Während sich die USPD-Linke verbal-radikal gab, ließ sich auch ein Teil der KPD, v. a. Liebknecht, in eine verfrühte Machtprobe manövrieren.

## **Von der Novemberrevolution zur Niederlage**

Anders als die Julitage 1917, wo auch die Petersburger ArbeiterInnenklasse und die Bolschewiki in eine solche verfrühte Machtprobe gezogen wurden, hatte die Niederlage des „Spartakusaufstandes“ sehr viel tiefgehendere konterrevolutionäre Auswirkungen. Sie markierte den Anfang vom Ende der Revolution.

Dazu trug zweifellos auch bei, dass die deutsche Gegenrevolution aus den russischen Erfahrungen gelernt hatte. Die Reaktion verfügte über verlässliche, vom Geist der Abrechnung mit der ArbeiterInnenklasse und den „Roten“ durchdrungene Truppen, die sich auf die reaktionäre Gesinnung des BürgerInnentums und der KleinbürgerInnen stützen konnten. Außerdem entpuppten sich die MSPD und ihr Apparat als entschlossenerere konterrevolutionäre Kräfte als die Menschewiki und SozialrevolutionärInnen.

Die Ermordung Liebknechts und Luxemburgs unter dem Freikorps-Führer Pabst erfolgte auf politische Verantwortung des „Bluthundes“ Noske. Für die Morde, mit denen der revolutionären ArbeiterInnenschaft der Kopf abgeschlagen werden sollte, trägt die Sozialdemokratie die politische Verantwortung.

Mit der Niederschlagung der kurzlebigen Bremer Räterepublik, der Wahl zur Nationalversammlung und der Ernennung Eberts zum Reichskanzler konsolidierte sich die Konterrevolution vorerst.

In Wirklichkeit lieferten diese Niederlagen jedoch nur das

Vorspiel zu weiteren entscheidenden Machtproben zwischen ArbeiterInnenklasse und deutschem Imperialismus. Der Aufstieg des Nationalsozialismus und die Errichtung der faschistischen Diktatur bildeten den eigentlichen konterrevolutionären Abschluss der Novemberrevolution.

Ist die ArbeiterInnenklasse nicht in der Lage, eine Revolution zu Ende zu führen, so wird sie die Reaktion blutig beenden.